

Aspekte m e n s c h e n w ü r d i g e r A r b e i t im Spiegel historischer und gegenwärtiger m e n s c h e n u n w ü r d i g e r A r b e i t

Debattenbeitrag von Helmut Gelhardt -

**Mitglied der Projektgruppe ' Kapitalismus verstehen und
überwinden ' der KAB Deutschlands**

Mitglied der Fachgruppe ' Arbeit ' der KAB Deutschlands

Sprecher 'Gerechter Welthandel' der KAB DV Trier

**(Versuch der Herstellung eines theoretischen
Hintergrundes unter Einschluss potenzieller
praktischer Lösungsansätze)**

G e w i d m e t

Dr. Kuno Füssel

Freund, Genosse und Lehrmeister

zum 85. Geburtstag

am 23. September 2026

I. P r o l o g

Teil 1

„ „Sozial ist, was Arbeit schafft“: Nachdem die arbeitgeberfinanzierte Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft den Satz im Jahr 2000 mit einer Kampagne prominent machte, entwickelte er sich zum wahren Dauerbrenner. Aufgegriffen haben ihn etwa Angela Merkel, Edmund Stoiber und Guido Westerwelle (...) (...). Seine Kernaussage: Jobs zu schaffen, das alleine sei schon sozial - die Qualität und der Inhalt der Arbeit spielten dabei keine Rolle. Sein kleiner Bruder „Jede Arbeit ist besser als keine Arbeit“ haut übrigens in die gleiche Kerbe.

Verhält sich jemand „sozial“, so wird dieser Person üblicherweise ein menschliches, wohltätiges, uneingennütziges oder empathisches Verhalten zugeschrieben. In der Wirtschaftspolitik gelten Maßnahmen als sozial, wenn sie untere Einkommensgruppen oder benachteiligte Menschen besserstellen. Beispiele dafür sind etwa die Einführung eines Mindestlohnes, die Erhöhung von Sozialleistungen oder Maßnahmen zur besseren Inklusion von Menschen mit Behinderung. Auch die Absicherung von Lebensrisiken - wie Krankheit oder Alter durch öffentliche Sozialversicherungen ist in diesem Sinne sozial. Und nicht zuletzt wäre an die öffentliche Förderung sozialer Infrastruktur zu denken - etwa von Frauenhäusern, Jugendzentren oder Kitas.

Ganz anders denkt, wer den Satz „Sozial ist, was Arbeit schafft“ gebraucht. Hier geht es darum, den Begriff des „Sozialen“ umzu-deuten (...). Es ist der Versuch, Deutungshoheit darüber zu gewinnen, was als sozial gilt. Und als sozial soll schon das bloße Schaffen eines Arbeitsplatzes gelten. Dabei soll egal sein, wie die Arbeit bezahlt wird, wie die Arbeitsbedingungen aussehen und was produziert wird. Hauptsache Arbeit. So wäre auch die Schaffung von Jobs sozial, von denen man selbst in Vollzeit nicht leben kann. Das Gleiche gilt für Jobs, die krank machen. Auch ethische Bedenken - etwa bei der Produktion von Streumunition - spielten keine Rolle.

Ja mehr noch: Schon wer nur irgendwelche Jobs „schafft“, handle angeblich sozial. Arbeit erscheint so als etwas, das Dankbarkeit verdient. Was dabei übersehen wird: Wer andere Menschen anstellt, macht dies weder aus Nächstenliebe noch aus Verantwortungsgefühl. Er oder sie macht es für den eigenen Geldbeutel. Schließlich ist Arbeit im Kapitalismus Quelle von Profit - den sich diejenigen aneignen, die Arbeit „schaffen“ (...).

Der Spruch „Sozial ist, was Arbeit schafft“ ist aber auch aus handfesten wirtschaftlichen Gründen fragwürdig. Denn wenn Politik ihm folgt, so wird sie versuchen, irgendwelche (Billig-) Jobs zu schaffen - mit niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen. (...) Eine solche Politik schadet aber letztlich dem gesellschaftlichen Wohlstand. (...) Warum es „sozial“ sein soll, den Wohlstand zu senken, wissen wohl nicht einmal die Befürworterinnen und Befürworter einer solchen Politik.

Erfunden hat die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft den Spruch übrigens nicht. Dieser hat vielmehr eine tiefbraune Vergangenheit. Es war Alfred Hugenberg (1865 - 1951), Chef der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), der im Sommer 1932 in einer Rundfunkansprache sagte: „Gesunde Wirtschaft bedeutet heute vor allem Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Derjenige ist wirklich und wahrhaft sozial, der Arbeit schafft.“ Seine Rolle als Steigbügelhalter der Nazis hatte der Großkapitalist und Medienmogul da längst gefunden. “ Fn 1)

Teil 2

„ „Wer keine Arbeit hat, muss sich mehr anstrengen“ - Gerhard Schröder. Er bot seinen Wählerinnen und Wählern eine bequeme Erklärung für die Arbeitslosigkeit im Land an, mit der sich zugleich weiterer Sozialabbau rechtfertigen ließ. (...) Im April 2001 sagte er dem Boulevardblatt Bild: „Wer arbeiten kann, aber nicht arbeiten will, der kann nicht mit Solidarität rechnen. Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft.“

Gerhard Schröder unterstellt hier - teils ausdrücklich, teils stillschweigend - einiges: Wer keine Arbeit habe, der sei faul (...) und müsse sich mehr anstrengen. Denn wer Arbeit finden wolle, der finde sie auch. Es brauche daher mehr Anreize zur Arbeitsaufnahme. Geringere staatliche Unterstützungsleistungen und mehr Druck auf Arbeitslose seien solche Anreize. (...)

(...) in einer kapitalistischen Volkswirtschaft hängt die Zahl der Arbeitsplätze nicht davon ab, wie sehr sich Arbeitslose um Arbeit bemühen. Entscheidend ist vielmehr die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeit. (...) Treibendes Motiv der Unternehmen ist bei alledem der Profit. Sie wollen durch die Arbeitskraft ihrer Beschäftigten Gewinne machen. Deshalb werden sie Arbeitslose nicht einstellen, weil diese sich besonders um Arbeit bemühen. Einstellen werden sie vielmehr, wenn sie die zusätzlich produzierten Güter und Dienstleistungen am Markt auch mit Profit verkaufen können - an private Haushalte, an den Staat, an andere Unternehmen oder an das Ausland. (...)

Viele Arbeitslose entwickeln im Laufe der Zeit ein Bewusstsein dafür, durch Gesellschaft, Medien, Politik und Arbeitgeber stigma-

tisiert zu werden. (...) Die Betroffenen nehmen sich selbst als negativ wahr (...). Das Stigma-Bewusstsein verstärkt sich durch wiederholte Arbeitslosigkeit und durch die Pflicht zur (erfolglosen) Arbeitssuche.

Helfen würde (...), Menschen zu unterstützen und in Arbeit zu bringen. Das aber dürfte kaum das Ziel der Hetze gegen Arbeitslose sein - sondern vielmehr, Menschen in noch so üble Arbeitsplätze zu pressen. Generell geht es Schröder & Co. nicht darum, Arbeitslosenzahlen zu drücken, sondern die Löhne. Und tatsächlich zeigt das Beispiel Deutschland genau das: Nicht nur, aber auch wegen der Hartz-Reformen explodierte die prekäre Beschäftigung geradezu, und der Niedriglohnsektor wurde zu einem der größten in Europa. Was wiederum erklärt, weshalb sich auch Arbeitgeber- und Unternehmensverbände regelmäßig für einen starken Druck auf angeblich faule Arbeitslose aussprechen. “ Fn 2)

II. H i s t o r i s c h e s

Teil 1 - B i b l i s c h e s

Michael Kittner Fn 3) erklärt unter der Zwischenüberschrift Menschliche Arbeit als Wert:

„Nach dem Schöpfungsbericht der Bibel arbeitet der Mensch nicht für den Gott Jahwe oder an dessen Stelle sondern für sich selbst. Der Auftrag, sich die Erde untertan zu machen, weist dem Menschen als Gottes Ebenbild Arbeit als schöpferisches Tun zu (Gen 1, 26 ff.). Damit ist Arbeit nicht nur Fluch und auch kein Selbstzweck, sondern steht unter Gottes Segen. Sie wird als notwendig für den Erwerb des Lebensunterhalts und als Dienst am anderen Menschen angesehen. Arbeit steht im Alten Testament in einem „Zusammenhang von Ertrag, Solidarität und Segen“ (Segbers). Körperliche Arbeit hat demgemäß eine anerkannte soziale Funktion: „Was deine Hände erwarben, kannst du genießen; wohl dir, es wird dir gut ergehen“ (Psalm 128, 2). Diese positive Deutung menschlicher Arbeit bildet die Folie für das zentrale Strategem Israels: das Bekenntnis, anders leben zu wollen als in Ägypten. Es ist in dieser Hinsicht von höchster Ausdruckskraft, daß der Dekalog genau damit anfängt:

„Ich bin Jahwe, dein Gott, der dich aus Ägypten geführt hat; aus dem Sklavenhaus“ (Ex 20, 1, 2). Darin liegt die Verheißung freier Arbeit unter würdigen Bedingungen im Gegensatz zur Zwangsarbeit in Ägypten.

Aus dem Vorbild Jahwes, der die Welt an sechs Tagen geschaffen und am siebten Tag geruht hat, erwächst auf Erden eine für das Arbeitsleben besonders wirkungsmächtige Einzelheit: das Gebot der arbeitsfreien Zeit am siebten Tag, der „Sabbat“. Exodus und Sabbat stehen in einer direkten Beziehung als Symbole der Freiheit. Der Sabbat führt dem Herrn vor Augen, daß er so wie sein Knecht auch nur ein Mensch ist und der Knecht ein von Gott mit fundamentaler Freiheit begabtes Wesen. In der theologischen Literatur ist deshalb bezüglich der Wirkung des Sabbat auf die Arbeitsverhältnisse von „regelmäßig wiederkehrender Arbeitsniederlegung“ (Kiss) und sogar von „regelmäßigem Streik“ (Wolff) die Rede. (...) Freie Zeit außerhalb der Arbeit und Arbeitskämpfe um ihretwegen sind geradezu siamesische Zwillinge, seit es abhängige Arbeit gibt. “ (Michael Kittner, Arbeitskampf, S. 36)

Teil 2 - K a r l M a r x

Der US-amerikanisch-britische Humangeograph und Sozialtheoretiker David Harvey führt in seinem Werk

Marx' „Grundrisse“ lesen Fn 4) - Stichwort 'Die Arbeitsfrage' - unter Verwendung des ins Deutsche übersetzten ('original') Marx-Textes (hier gesetzt in „ “ und in () angegebenen Seitenzahlen) a u s:

„Für die Arbeiterklasse als Ganzes sei „das Maximum des Fleißes“ und „das Minimum der Konsumtion“ (211) die Regel. „(D)as Maximum seiner Entsagung und seines Geldmachens - zu weiter nichts führen können, als daß er für ein Maximum von Arbeit ein Minimum von Lohn erhielte.“ (211) Und weiter: „Sparen sie alle, so wird allgemeine Reduktion des Lohns sie schon wieder auf den richtigen Fuß setzen; denn das allgemeine Sparen zeigte dem Kapitalisten, daß ihr Lohn allgemein zu hoch steht (...).“ (211) Die Kapitalisten verlangen in der Tat, dass „(d)ie Arbeiter (...) in der guten Geschäftszeit soviel sparen, daß sie in der schlechten mehr oder minder leben können, short time ertragen oder das Herabsetzen der

Löhne etc.“ (212) Mit anderen Worten, „sie (sollen) sich immer auf einem Minimum von Lebensgenuß halten (...) und den Kapitalisten die Krisen erleichtern etc. Sich als reine Arbeitsmaschinen und ihren tear and wear selbst möglichst zahlen“ (212). Die neoliberale Ethik, so scheint es, war zu Marx´ Zeiten ebenso allgegenwärtig wie in unserer Zeit. “

(David Harvey Marx´ „Grundrisse“ lesen, S. 127)

K r i s e n h a f t e K a p i t a l z i r k u l a t i o n

Im Rückgriff auf Marx sieht David Harvey den Arbeiter / die Arbeitskraft / die Arbeit auch durch den krisenhaften Charakter der Kapitalzirkulation sehr betroffen. Harvey: „Vom Standpunkt des Arbeiters, der in die Zirkulation der Arbeitskraft eingebunden ist, ist die Krise mehr oder weniger chronisch (niedrige Löhne, Entfremdung, Verarmung, Arbeitslosigkeit, Unsicherheit, niedriger Lebensstandard usw.). Was für das Kapital adäquat ist, ist für die Arbeit unzureichend. Das eine gedeiht auf Kosten des anderen. “

(David Harvey Marx` „Grundrisse“ lesen, S. 400)

R e l a t i v e A r m u t

Harvey stellt fest: „Einerseits ist der Anteil der Löhne am Sozialprodukt in fast allen großen Volkswirtschaften der Welt, allen voran in den USA und China, seit den 1980er-Jahren systematisch zurückgegangen. Andererseits ist die Zahl der Lohnarbeiter weltweit von ca. zwei Milliarden im Jahr 1980 auf heute ca. drei Milliarden angestiegen. (...) (...) die gesellschaftliche (im Gegensatz zur individuellen) Arbeit, die entweder direkt oder indirekt zur Unterstützung der Mehrwertproduktion mobilisiert wird, umfasst nun immer mehr Millionen von Arbeitnehmern, die offensichtlich zu einem immer niedrigeren Lohnniveau verdammt sind. Dies ist kaum die Beschreibung einer Wirtschaft in einem glücklichen Zustand. Sie funktioniert gut für die Kapitalistenklasse (sie ist „adäquat“ für das Kapital), aber sie produziert relative Armut für alle anderen. “

(David Harvey Marx` „Grundrisse“ lesen, S. 412)

E n t m a c h t u n g d e s A r b e i t e r s

Harvey vertritt die Ansicht, das Marx eine bestimmte Gesetz-

mäßigkeit erkannt hat - das Gesetz der Entmachtung des Arbeiters. „ (...) : dem Gesetz der sich ständig steigenden Entmachtung des Arbeiters, selbst dann, wenn die Nachfrage nach Arbeit ihr Angebot übersteigt (selten, aber lokal bedeutsam). Diesem Gesetz der abnehmenden Macht der Arbeit - sowohl wirtschaftlich als auch politisch - kann nur politisch begegnet werden. Der erste Schritt, so Marx, war die Regulierung der Länge des Arbeitstages in Großbritannien, gefolgt von einer Reihe von Fabrikgesetzen, die einen Raum für die formale Bildung der Arbeiterschaft eröffneten. In späteren Jahren, als die Sozialdemokratie an Bedeutung gewann, wurden die Auswirkungen dieser Tendenz zur Entmachtung abgeschwächt. Aber das Gesetz herrscht wie eine unangefochtene eiserne Faust über die Arbeitsbeziehungen in der Ära des Neoliberalismus, welche einen Frontalangriff der Kapitalistenklasse gegen den sozialdemokratischen Versuch signalisierte, die Arbeiterschaft politisch zu stärken (vor allem durch die Unterstützung der gewerkschaftlichen Organisation), wie beispielsweise in Roosevelts New Deal und in den Experimenten mit der Sozialdemokratie im Nachkriegseuropa. “
(David Harvey, S. 413)

III. S o z i a l k r i t i k

In seinem hochinformativen, vielschichtigen und engagierten Essay Vom Arbeitshaus zu Hartz IV und Ein-Euro-Jobs. Zur Geschichte der (Lohn-)Arbeit, der Armut und des Arbeitszwangs Fn 5) gelangt Günther Salz zu nachfolgender Einschätzung/Feststellung: „Mit dem autoritären Arbeitsstaat kehrten auch die repressiv-paternalistischen Formen der Armenhilfe des 18. und 19. Jahrhunderts mit Wucht zurück, in denen es (...) auch schon Leih- und Pflichtarbeit, Kombilohn und Arbeitstest und natürlich auch die Armenspeisung gab. Aber der Staat geht noch weiter: Wer seinen autoritären Ansprüchen auf Aktivierung und Gegenleistung durch Arbeit zu jedem Preis - und wenn es sein muss auch zu sittenwidrigen Löhnen - nicht gehorcht oder ihnen nicht entsprechen kann, wird mit Hilfe der Sanktionen nach § 31 SGB II weit unter das sozio-kulturelle Existenzminimum gedrückt. (...) Hier wird die ganze böse Konsequenz des staatlichen Arbeits- und Aktivierungszwangs und der

Parole der Hartz IV-Parteien, wonach jede Arbeit besser als keine sei, überdeutlich: Die Menschen fallen in extreme Armut (...). (...) Arbeit um jeden Preis, das ist die Parole des Workfare-Staates und des dahinter stehenden Kapitals. Mit 1-Euro-Jobs und anderen Niedriglohnbeschäftigungen geht es um die Kapitalisierung der überflüssig Gemachten und um das Prinzip der „Herrschaft durch Arbeit“ und zwar innerhalb und außerhalb der Erwerbsarbeit. Hinter der Dauer-Aktivierung verbirgt sich die Vorstellung von ununterbrochener Produktivität und Verwertung. Arbeiten ohne Ende und Grenze, lebenslanges Lernen, permanente Bereitschaft, soziale und räumliche Bindungen aufzugeben und sog. Chancen zu nutzen. Hinter diesem permanenten Bewegungsdruck lugt das Amsterdamer Arbeitshaus mit seiner Pumpstation für hartnäckige Faule ebenso hervor, wie gut 400 Jahre später die maßlose und selbstzweckhafte Kapitalakkumulation. “ (S. 13 u. 14)

IV. K o l o n i a l i s m u s / Grüner Kolonialismus

Teil 1 - V e r a r m u n g

Hamza Hamouchene Fn 6) stellt folgende Situation vor: „Das Potenzial der Sahara-Wüste in Nordafrika, dank ihres trockenen Klimas und ihrer riesigen Flächen, große Mengen an erneuerbarer Energie zu erzeugen, wird seit langem angepriesen. Vor allem die Europäer sehen in ihr seit Jahren eine potenzielle Quelle für Solarenergie, die einen großen Teil des europäischen Energiebedarfs decken könnte. (...)

Das Solarkraftwerk von Ouarzazate wurde 2016, kurz vor den Klimaverhandlungen (COP 22) in Marrakesch, eingeweiht. Es wurde als größte Solaranlage der Welt bejubelt und die marokkanische Monarchie wurde zum Verfechter erneuerbarer Energien erklärt. Doch wenn man ein wenig an der Oberfläche kratzt, zeigt sich ein anderes Bild. Erstens wurde die Anlage auf dem Land (3.000 Hektar) einiger Amazigh-Agrar- und Hirtengemeinschaften ohne deren Zustimmung errichtet, was einen Landraub für eine angeblich grüne Agenda darstellt (einen grünen Landraub). Zweitens wird dieses Megaprojekt von privaten Interessen kontrolliert und wurde durch

die Aufnahme enormer Schulden in Höhe von 9 Milliarden USD bei der Weltbank, der Europäischen Investitionsbank und anderen finanziert. Diese Schulden sind durch Garantien der marokkanischen Regierung abgesichert (...). Drittens ist das Projekt nicht so umweltfreundlich, wie es zu sein vorgibt. Die Nutzung konzentrierter thermischer Energie (CSP) erfordert einen hohen Wasserverbrauch zur Kühlung und Reinigung der Module. In einer halbtrockenen Region wie Ouarzazate ist die Abzweigung dieses Wasserverbrauchs von der Trinkwasserversorgung und der Landwirtschaft einfach nur dreist (...). (...)

Während einige der Projekte in Marokko, wie das Ouarzazate- und das Midelt-Solarkraftwerk, als „Green-Grabbing“ bezeichnet werden können, d. h. als Aneignung von Land und Ressourcen für angeblich ökologische Zwecke, (...) können ähnliche Projekte für erneuerbare Energien (Solar- und Windenergie), die in den besetzten Gebieten der Westsahara durchgeführt werden, einfach als „grüner Kolonialismus“ bezeichnet werden, da sie gegen die Saharauis und auf ihrem besetzten Land durchgeführt werden.

„Grüner Kolonialismus“ bezeichnet die Ausweitung der kolonialen Beziehungen der Ausplünderung und Enteignung (sowie der Entmenschlichung des Anderen) auf das grüne Zeitalter der erneuerbaren Energien, mit der damit einhergehenden Abwälzung der sozial-ökologischen Kosten auf periphere Länder und Gemeinschaften. Im Grunde ist es dasselbe System, nur mit einer anderen Energiequelle, nämlich dem Übergang von fossilen Energieträgern zu grüner Energie, während die gleichen globalen energieintensiven Produktions- und Konsummuster beibehalten werden und die gleichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen, die Ungleichheit, V e r a r m u n g und Enteignung hervorrufen, unangetastet bleiben. “

Teil 2 - F r e i h a n d e l s p r o b l e m a t i k (G r u n d m u s t e r)

Rachmi Hertanti Fn 7) untersucht nicht nur die Rolle des „Staates“ in den Nord-Süd-Verflechtungen, sondern konzentriert sich in ihrer Analyse auch auf die unterschiedlichen Positionen der industrialisieren Länder des Zentrums und der Länder der Periphe-

rie in der Lieferkette. Sie argumentiert nachdrücklich, dass Freihandels- und Investitionsabkommen konkrete Mechanismen sind, die ressourcenreiche Länder in Lateinamerika, Asien und Afrika zu ständigen Rohstofflieferanten für den unersättlichen Bedarf der grünen Transformation in den USA und der EU machen.

Rachmi Hertanti: „Die Zunahme der Investitionen in den mineralienreichen Ländern hat die Aktivitäten in den Bereichen Bergbau, Rohstoffveredelung und -verarbeitung sowie grüne Technologien verstärkt. In diesem Zusammenhang ist die Rolle der multinationalen Konzerne (MNK) als Schlüsselinvestoren hervorzuheben.

Bergbauunternehmen sind sich bewusst, dass geopolitische Risiken und innenpolitische Maßnahmen die Investitionsrisiken erhöhen können. (...) Um diesen potenziellen Risiken zu begegnen, nutzen multinationale Konzerne einen zusätzlichen Mechanismus, der es ihnen ermöglicht, einen Gaststaat, der Vertragspartei ist, zu verklagen. Dieser Mechanismus, der als Investor-Staat-Streitschlichtung (ISDS) bekannt ist, verankert die Straffreiheit für Konzerne institutionell und schränkt die politische Verhandlungsmacht von Staaten ein, um Konzerne zu regulieren und Menschenrechte und Umwelt zu schützen. Er macht den Staat zur Geisel von Investoreninteressen. (...) Darüber hinaus hat der Mechanismus eine abschreckende Wirkung und macht Staaten zu Komplizen beim mangelnden Schutz von Menschenrechten und Umwelt. Die Bestimmung hat auch soziale Kämpfe gegen die negativen Auswirkungen von Konzernaktivitäten wie Menschenrechtsverletzungen, wirtschaftliche Verluste und weitreichende Umweltschäden behindert.

Dieser Mechanismus ist in verschiedenen internationalen Handels- und Investitionsabkommen enthalten (...). Das Argument ist in der Regel, dass die Aufnahme von ISDS-Mechanismen in internationale Verträge den Staaten erlaubt, ausländische Investitionen anzukurbeln. Es hat sich jedoch gezeigt, dass der ISDS-Mechanismus ein Instrument ist, das dem Gaststaat die Hände bindet, um demgegenüber die Interessen der Konzerne zu schützen. Dadurch wird die Verhandlungsmacht perverserweise auf die mächtigsten privaten Wirtschaftsakteure verlagert und die öffentliche Verschuldung erhöht. (...) (...)

Mit großen Reserven an Nickel und anderen kritischen Minerali-

en, die für die Energiewende benötigt werden, ist Indonesien in einen Strudel des globalen Wettbewerbs um die Versorgung mit Mineralien geraten. Indonesien plant jedoch, sich als Exporteur von Fertigzeugnissen und nicht als Exporteur von Rohstoffen in den Lieferketten für die Produktion von Elektrobatterien und Mineralien zu positionieren. Dieses Ziel ist Teil eines grünen Energie- und Industrialisierungsplans, der das räuberische koloniale Entwicklungsmuster durchbrechen soll, das stark auf dem Export von Rohstoffen basiert. (...)

Nach Angaben der indonesischen Regierung zielte diese Politik darauf ab, ihren verfassungsmäßigen Auftrag zu erfüllen, den natürlichen Reichtum des Landes zum Wohle der Bevölkerung zu nutzen. (...) (,,)

Die internationalen Handelsregeln werden Indonesien jedoch erneut an der Umsetzung seiner Energiewende-Agenda hindern. Beispielsweise können die Interessen der EU im Rahmen der Verhandlungen über das umfassende Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen Indonesien und der EU (IEU-CEPA) die Pläne Indonesiens untergraben. In einem Scoping-Papier hat die EU ihre Bedenken über diese protektionistischen Maßnahmen zum Ausdruck gebracht und argumentiert, dass sie die Versorgung mit wichtigen Rohstoffen behindern würden. (...) (...)

Die Umsetzung der rohstoffbasierten wirtschaftlichen Transformation Indonesiens, insbesondere die Industrialisierung der Batterieproduktion, erfordert eine Ausweitung der Bergbau- und Verarbeitungsindustrie sowie eine groß angelegte Entwicklung der Infrastruktur, die im Rahmen des Nationalen Strategieprojekts (PSN) geregelt wird. Im Jahr 2021 gab es insgesamt 339 aktive Genehmigungen für Bergbauunternehmen (...) (...), was Agrarkonflikte verursacht bzw. weiter verschärft hat. (...) Diese Konflikte implizieren häufig Menschenrechtsverletzungen und sozial-ökologische Folgen, die zahlreiche Gemeinschaften betreffen.

Darüber hinaus ist der indonesische Industrialisierungsplan weiterhin stark von ausländischen Investitionen abhängig. (...) Um (...) ausländische Investitionen anzulocken, verabschiedete die Regierung ein umstrittenes nationales Regulierungsgesetz, das sogenannte Omnibus-Gesetz zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Das

Gesetz erleichterte es ausländischen Investoren, an Lizenzen zu gelangen, einschließlich Genehmigungen für den Zugang zu natürlichen Ressourcen und die Pachtung von Land. Darüber hinaus lockerte es Arbeitnehmerrechte. (...) “

Teil 3 - Transformation der Arbeit

Luis Gonzales Reyes Fn 8) vertritt die Überzeugung:

„Eine Transformation des Wirtschaftsmodells ist auch deshalb notwendig, da der Kapitalismus ständiges Wachstum benötigt, um nicht in die Krise zu geraten (d. h. um funktionieren zu können); ein solches ständiges Wachstum kann unmöglich aufrechterhalten werden. Das ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass auf globaler Ebene ein linearer Zusammenhang zwischen dem BIP und dem Material- und Energieverbrauch besteht. (...) Mit anderen Worten: Empirische Daten zeigen, dass es keinen Anstieg des BIP ohne einen Anstieg des Material- und Energieverbrauchs gibt. (...) Es gibt keine Dematerialisierung der Wirtschaft. (...)

Zusammenführung von Produktion und Reproduktion

Zunächst sollten wir die Reproduktionsarbeit nicht von der produktiven Arbeit trennen. Beide sind untrennbar miteinander verbunden, da die Reproduktionsarbeit die Voraussetzung für die Existenz jeglicher produktiven Arbeit ist (...). Darüber hinaus liegt eine der Wurzeln des Patriarchats in der Trennung von Reproduktion und Produktion und der geschlechtsspezifischen Spezialisierung, die sowohl in den zentralen als auch in den peripheren Regionen immer noch aufrechterhalten wird: Frauen verbringen mehr Stunden mit Reproduktionsarbeit als Männer, was insgesamt zu mehr Arbeitsstunden führt. (...) Von daher ist es notwendig, Produktion und Reproduktion in ein und dieselbe wirtschaftliche Einheit zu integrieren (...) mit einer gerechten Verteilung aller Aufgaben zwischen den Geschlechtern. (...) (...)

Starke Umverteilung von Wohlstand (...), bedeutet eine Wirtschaft, die sich innerhalb der Grenzen der Ökosysteme bewegt, eine kleinere Wirtschaft mit weniger Arbeits-

plätzen. Dies ist eine Tragödie für Gesellschaften, in denen die Ungleichheit extrem und tief verwurzelt ist, in denen es viele arme Menschen gibt und die Abhängigkeit von Löhnen zur Deckung des Lebensunterhalts sehr hoch ist. Aus diesem Grund muss die ökologische Transition mit einem umfassenden sozialen Wandel einhergehen, der auf einer Umverteilung des Reichtums beruht.

Dafür benötigt es Maßnahmen wie die Enteignung von Großgrundbesitz, die Einführung eines Grundeinkommens, eine stark umverteilende Steuerpolitik etc. Auf internationaler Ebene erfordert es die Rückzahlung ökologischer und kolonialer Schulden, wie Alberto Acosta, Miriam Lang und Esperanza Martinez in ihrem Kapitel in diesem Buch darlegen. Im Bereich der Arbeit ist die Verteilung der Tätigkeiten von zentraler Bedeutung. Laut den Modellen, die wir für Spanien in Bezug auf den Klimawandel (...) und den Verlust der biologischen Vielfalt (...) berechnet haben, wäre unter den derzeitigen arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen eine Netto-Vernichtung von Arbeitsplätzen die Folge. Bei einer Wochenarbeitszeit von 30 oder 32 Stunden würde es jedoch zu einer Netto-Schaffung von Arbeitsplätzen kommen. Diese Ergebnisse könnten qualitativ auf die globale Ebene extrapoliert werden. Eine Verkürzung des Arbeitstages, ein Verbot von Überstunden oder ein früheres Renteneintrittsalter scheinen demnach zentrale Maßnahmen für eine gerechte Transition zu sein. (...)

M e h r w i r t s c h a f t l i c h e A u t o n o m i e

Einer der Grundpfeiler kapitalistischer Gesellschaften ist der Mangel an ökonomischer und materieller Autonomie der Menschen, die durch Prozesse von „Akkumulation durch Enteignung“ aktiv zerstört werden. (...) Ist das Land einmal enteignet, die Umwelt degradiert und die Gemeinschaft aufgelöst, wird die kollektive Selbstverwaltung von grundlegenden Aspekten des Überlebens wie Nahrung, Unterkunft oder Kleidung unmöglich. Ohne diese Autonomie bleibt der Bevölkerung nichts anderes übrig, als sich auf dem Markt zu versorgen, wofür jedoch Geld benötigt wird. Das zwingt die meisten Menschen in die Lohnarbeit. Dadurch werden wir freiwillig oder unfreiwillig zu Komplizen des Systems, von dem unser

Lebensunterhalt abhängt.

Außerdem erfordert das reibungslose Funktionieren dieses Systems ein ständiges Wachstum, das zu einem irrationalen Zwang wird. (...) Innerhalb des Systems ist das Ziel des Kapitalismus die Produktion von Mehrwert, der zur weiteren Vermehrung des Kapitals reinvestiert werden muss, und nicht, um Güter und Dienstleistungen bereitzustellen, die gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigen. (...) Hinzu kommt, dass sich der Kapitalismus ständig auf neue Sphären ausdehnen muss, die er noch nicht unterworfen hat. “

Reyes konstatiert, dass sich der Kapitalismus auch die menschliche Arbeit zunutze macht, „die außerhalb der Märkte existiert, und dringt in immer mehr Bereiche vor (Akkumulation durch Enteignung (...)). Ein typisches Beispiel dafür, wie das System externe Arbeit in Kapital verwandelt, ist die Versklavung der afrikanischen Bevölkerung, um den Mehrwert der amerikanischen Zuckerrohr- oder Baumwollplantagen zu produzieren. (...) Ein letzter Bereich der systemischen Expansion, der die Reproduktion von Kapital ermöglicht, ist die Unterwerfung immer neuer Facetten unseres Lebens, die zuvor nicht kommodifiziert waren, unter diese merkantile Logik, wie zum Beispiel die Altenpflege (...). (...) Ziel sollte es daher sein, von „Markt“-Gesellschaften (in denen die Bedürfnisbefriedigung hauptsächlich durch den Kauf von Waren und Dienstleistungen erfolgt) zu Gesellschaften (...) überzugehen (in denen die Bevölkerung über ein hohes Maß an wirtschaftlicher Autonomie verfügt). (...) Dafür bedarf es tiefgreifender Prozesse, die auf die Überwindung der Lohnarbeit und auf *Dekommodifizierung* abzielen (...). Das Ziel (...) besteht nicht einfach darin, die Bedingungen der Lohnarbeit „würdevoller“ zu machen (...). Um grundlegende Veränderungen zu erreichen, wird es nicht ausreichen, „Arbeitsplätze“ umzuverteilen, selbst wenn sie „grün“ sind: Es wird auch notwendig sein, die Lohnarbeit als Grundpfeiler der Organisation gesellschaftlicher Beziehungen zu überwinden.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind Fortschritte in der gesellschaftlichen Kontrolle der Produktionsmittel der Schlüssel zur Überwindung der Lohnarbeit und zur Dekommodifizierung, indem immer mehr Aktivitäten jenseits des Marktes vollzogen werden. Dabei geht es um die Verteidigung und die Neuerschaffung von Gemein-

gütern (Commons), die eine neue Organisation der Lebenssicherung ermöglichen. (...)

Zudem ist es notwendig, den gesellschaftlichen Begriff von Arbeit in mehrfacher Hinsicht neu zu definieren. Erstens: Arbeit muss vom Begriff der Erwerbsarbeit gelöst und um Sorgearbeit sowie gemeinschaftliche produktive Tätigkeiten erweitert werden. Zweitens: Erwerbsarbeit sollte gesellschaftlich entwertet und aktiv in Frage gestellt werden. Drittens: Es gilt, ausschließlich auf jene Arbeiten zu setzen, die dem Erhalt des sozialen Lebens und der Lebensgrundlagen dienen - nicht auf solche, deren Zweck die Kapitalverwertung ist und die nur nebenbei menschliche Bedürfnisse befriedigen. Und viertens: Es ist notwendig, mit der produktivistischen Sicht auf Arbeit zu brechen und sie neu zu deuten - als Quelle persönlicher und kollektiver Sinnstiftung, die nicht im Widerspruch zur Muße stehen muss. Würden die in unserem Modell vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt werden, (...) würden wir beispielsweise insgesamt weniger Stunden arbeiten, mehr Zeit für unbezahlte Care-Arbeit aufwenden und weniger Zeit für Erwerbsarbeit (...), und zwar in einem (...) nicht-kapitalistischen Arbeitsfeld (...). Dies würde uns wahrscheinlich zu einem Leben führen, das einem guten Leben oder erfüllten Leben nahe käme.“

Teil 4 - Reproduktionsarbeit und Informelle Arbeit

**„Reproduktionsarbeit (...) ist (...) ein (...) Begriff, der alle Tätigkeiten umfasst, die zur Aufrechterhaltung und Erneuerung der menschlichen Gesellschaft beitragen. Sie geht über die reine biologische Reproduktion hinaus und beinhaltet auch die soziale Reproduktion. Hierzu gehört auch Sorgearbeit, wie Kinderbetreuung und Altenpflege. Diese Tätigkeiten werden oft von Frauen ausgeübt. Ein Großteil der Reproduktionsarbeit wird unbezahlt oder unterbezahlt geleistet, oft im privaten Bereich. (...)“
(Vgl. Fußnote 9) und 10))**

„Informelle Arbeit: Arbeit, die sich durch das Fehlen formeller Arbeitsverträge, sozialer Absicherung und staatlicher Regulierung auszeichnet. Arbeitnehmer:innen im informellen Sektor haben in

der Regel keinen Zugang zu Sozialversicherungen wie Kranken-, Renten-, Arbeitslosen- oder Unfallversicherungen. Informelle Arbeit umfasst eine Vielzahl von Tätigkeiten, darunter Straßenverkauf, Tagelöhnerjobs, kleine Handwerksarbeiten, landwirtschaftliche Tätigkeiten, aber auch Haus- und Pflegearbeit. Informelle Arbeit ist in Ländern des Globalen Südens weit verbreitet und stellt dort oft den Großteil der Arbeit überhaupt, sie existiert jedoch auch im Globalen Norden. “ (Vgl. Fußnote 9) und 10))

I m E i n z e l n e n

Miriam Lang / Alberto Acosta / Esperanza Martinez:

„So diente die Idee der „Rasse“ dazu, die ausdifferenzierte Ausbeutung der Arbeitskraft von Schwarzen Menschen, indigenen Menschen oder People of Color „wissenschaftlich“ zu rechtfertigten (...). Die Verschuldung spielte auch eine Rolle bei der Unterordnung der Arbeiter:innen, Bäuerinnen und Bauern und bei der Trennung von „produktiver“ und „reproduktiver“ Arbeit, einer Arbeit, die normalerweise unbezahlt ist. Dadurch wurden gewaltsam weibliche und männliche Lebensbereiche geschaffen. Fn 11) (...)

Der Abbau sozialstaatlicher Leistungen im Norden und die Einführung von Strukturanpassungsmaßnahmen im Süden führten zu einer massiven Privatisierung des Reproduktionsbereichs (...). Die Strukturanpassung wälzte die Kosten der Auslandskredite auf die ärmsten Bevölkerungsschichten ab, die sich ihrerseits verschulden mussten, weil ihr Geld für das tägliche Leben nicht mehr reichte (...). (...) Diese Privatisierung der Reproduktionssphäre fiel mit dem historischen Moment zusammen, in dem ein beträchtlicher Teil der Frauen, die zuvor auf die „private“, unsichtbare und nicht anerkannte Welt der Reproduktions- und Pflegearbeit beschränkt waren, endlich Zugang zu bezahlter Arbeit erhielt. Ihre Integration in den bezahlten Arbeitsmarkt ging Hand in Hand mit großen neoliberalen Rückschritten bei Arbeitsrechten und -garantien, der sie in prekäre Verhältnisse stürzte. Im Laufe der Zeit vervielfachten sich die sogenannten „Nicht-Bank-Schulden“ für Medikamente, Miete, Strom, Wasser, Gas usw., während der Anteil der Frauen an der verarmten Bevölkerung zunahm. (...) “ Fn 12)

Zo Randriamaro:

„Die antiextraktivistische Dimension ist ein weiteres Element des konzeptionellen Rahmens, der die Kämpfe der zeitgenössischen afrikanischen ökofeministischen Bewegungen charakterisiert und der für die Debatten über globale Gerechtigkeit und ökosoziale Transitionen von zentraler Bedeutung ist. Sie kommt in der Arbeit und den politischen Positionen der African WoMin Alliance (WoMin) zum Ausdruck, die im Folgenden beschrieben werden:

„Afrika und andere Teile des Globalen Südens stehen vor einer neuen Runde zunehmender Kolonisierung, da Konzerne und ihre Gastgeberregierungen im Globalen Norden und in Teilen des Globalen Südens die unerschlossenen und hochprofitablen Grenzen der mineralischen und natürlichen Reichtümer Afrikas ausdehnen wollen. Dies gibt dem, was WoMin das extraktivistische Entwicklungsmodell nennt, Auftrieb, das nur ein weiteres Glied in der Kette der fortwährenden Kolonisierung und Ausbeutung Afrikas und seiner Völker ist. (...) Der Extraktivismus ist zutiefst patriarchal und rassistisch und stützt sich auf die billige Lohnarbeit Schwarzer und Brauner (sic) Männer aus der Arbeiterklasse, die unter extrem ausbeuterischen und gefährlichen Bedingungen arbeiten, um die Profite der großen multinationalen Konzerne und ihrer riesigen Lieferketten zu sichern. Auch die unbezahlte Pflegearbeit von Frauen fließt in die Profitakkumulation von Konzernen und Reichen ein, da sie durch die Subsistenzproduktion von Nahrungsmitteln, die Bereitstellung von Wasser und Brennstoffen und ihre Sorgearbeit zur Reproduktion der Lohnabhängigen und ihrer Familien beitragen.“ (Stellungnahme von Margaret Mapondera / Trusha Reddy / Samantha Hargreaves, Accra, 2020) “ Fn 13)

Farida Akhter:

„Die Menschen in Bangladesch sind „Opfer“ des räuberischen Fundamentes der kolonial-industriellen Zivilisation, die auf fossilen Brennstoffen basiert. Das Land ist als Standort der industriellen Rohstoffexpansion besonders anfällig für den Klimawandel. Es ist mit extremen Wetterbedingungen und immer häufiger werdenden Naturkatastrophen wie Stürmen, Wirbelstürmen, Meeresfluten, Dürren, Erosion, Erdbeben, Überschwemmungen und Versalzung konfrontiert. Schätzungen zufolge wird bis 2050 jeder siebte Ein-

wohner Bangladeschs durch den Klimawandel vertrieben werden, und bis zu 18 Millionen Menschen könnten allein durch den Anstieg des Meeresspiegels zur Umsiedlung gezwungen werden. (...) Hinzu kommen die Vertreibungen aufgrund der Entwicklungspolitik multilateraler und bilateraler Institutionen. Die gewaltsame Verdrängung von Menschen aus der Agrarwirtschaft und den ländlichen Lebensgrundlagen hat System. Der inhärente Prozess der kapitalistischen Transformation entfremdet die Menschen von ihrem Land und zwingt sie immer wieder zur Abwanderung in die Städte, um dort als billige Arbeitskräfte in der Bekleidungsindustrie zu arbeiten. “ Fn 14)

V. L i e f e r k e t t e n g e s e t z t h e m a t i k

D e u t s c h e s L i e f e r k e t t e n g e s e t z

Helmut Gelhardt:

„Das geltende deutsche Lieferkettengesetz hat ein anforderungsmäßig sehr geringes Niveau - dank der Industrielobby, Ex-Kanzlerin Merkel und Ex-Wirtschaftsminister Altmaier. Die berechtigten Interessen der im Globalen Süden arbeitenden Menschen nach Arbeitsschutz, Einhaltung der Menschenrechte, gerechter Entlohnung bei der Produktion zugunsten des Globalen Nordens (hier: Deutschlands) werden nur sehr defizitär zur Geltung gebracht. (...) Das Gesetz ist weit überwiegend ein Schutzgesetz zugunsten der deutschen Unternehmer, Konzerne, Kapitaleigner. Die deutsche globale Wettbewerbsfähigkeit steht eindeutig im Vordergrund. Dieses Lieferkettengesetz enthält keine zivilrechtlichen Haftungsregeln zur Inanspruchnahme Schaden zufügender deutscher Unternehmen. Gegenüber den deutschen Unternehmen sind keine Strafen für strafungsrelevantes Verhalten vorgesehen, sondern nur Bußgelder, die rechtlich lediglich die Ahndung von sogenanntem Verwaltungsunrecht sind. Ab dem 01.01.2023 gilt das Gesetz für Firmen mit mehr als 3.000, ab 2024 mit mehr als 1.000 Beschäftigten. Die allermeisten deutschen Firmen mit Lieferkettengesetzrelevanz wird dieses Gesetz so oder so faktisch überhaupt nicht in die Pflicht nehmen können. Das alles ist skandalös. (...) Es zeigt sich

einmal mehr, dass der Schutz der Menschen des Globalen Südens vor Ausbeutung, Unterdrückung, Gesundheitsschädigung, Tod und der Schutz der Umwelt im Globalen Süden bei der Produktion (Wertschöpfung) für den neoliberal enthemmten Globalen Norden (hier: Deutschland) wenig gilt. Dieser Schutz wird nur insoweit gewährt, als er den deutschen Kapitalinteressen nicht im Wege steht! Solidarität mit dem Globalen Süden: ungenügend! “ Vgl. Fn 15)

E U - L i e f e r k e t t e n g e s e t z

Helmut Gelhardt:

„Das EU-Lieferkettengesetz wurde immens ausgehöhlt zum Nachteil des Globalen Südens. Die EU entwertet das EU-Lieferkettengesetz zum Schutz der Menschenrechte und der Natur/Umwelt vor allem im Globalen Süden - noch bevor es angewendet wird. Die Wirtschaftslobby hat unablässig gegen den bisherigen Inhalt des EU-Lieferkettengesetzes polemisiert. Auch Bundeskanzler Friedrich Merz (...) hatte bei seinem Antrittsbesuch in Brüssel sogar eine komplette Abschaffung dieser EU-Richtlinie gefordert. Nach Angaben des Verhandlungsführers des EU-Parlaments, Jörgen Warborn, fallen damit nunmehr rund 85 Prozent der ursprünglich erfassten Unternehmen aus dem Anwendungsbereich des EU-Lieferkettengesetzes heraus. Zudem sollen Firmen, die gegen die nunmehrigen Regeln verstoßen, auf EU-Ebene keiner zivilrechtlichen Haftung mehr unterliegen, wodurch für Opfer von Menschenrechtsverletzungen eine Klagemöglichkeit entfällt. Damit ist spätestens jetzt überdeutlich klar geworden, dass die Ausbeutung und Unterdrückung der Menschen, die Verletzung der Menschenrechte, die Gefährdung, Ausplünderung und Zerstörung der Natur - jedenfalls im Globalen Süden - zum Nutzen und Vorteil des Globalen Nordens - also auch Deutschlands und Europas - rücksichtslos durchgepeitscht wurden. (...) Die Herstellung und Gewährleistung der Profitmaximierung, der Kapitalanhäufung, des ungehemmten Wirtschaftswachstums zugunsten des Globalen Nordens und zulasten des Globalen Südens wurden zum unantastbaren Glaubensbekenntnis des Globalen Nordens und der EU erhoben. Mit den globalen Freihandelsabkommen (auch und insbesondere mit EU-Beteiligung)

in gewollter Kombination mit der nahezu wirkungslos gemachten EU-Lieferketten-Richtlinie, hat der Kapitalismus des entwickelten Globalen Nordens die neoliberalen Werkzeuge geschaffen, deren Anwendung die Menschen und die Umwelt des Globalen Südens auf ewig zu ausgebeuteten, geplünderten, geschändeten und zerstörten Arbeits- und Rohstofflieferanten versklavt. (...) Diejenigen, die dieses neue, immens ausgehöhlt EU-Lieferkettengesetz zu verantworten haben, müssen sich in Grund und Boden schämen. Ihre Politik ist unmoralisch, ungerecht, unsolidarisch und führt auch zu weiteren Fluchtbewegungen, die dann europäisch von einer kapitalaffinen, erzkonservativen, reaktionären bis rechtsradikalen „Front“ bekämpft werden. Um die realen Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen ist man zu feige, zu egoistisch, zu bequem und zu unwillig! (...) “ Vgl. Fn 16)

Zur Thematik:

<https://www.lieferkettengesetz.de/pressemitteilung/wirtschaftsministerium-sabotiert-wirksame-durchsetzung-des-lieferkettengesetzes/>

<https://www.verdi.de/politik-gesellschaft/alles-was-du-zum-thema-lieferkettengesetz-wissen-musst>

<https://www.lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2026/03/ILG-Forderungspapier-zu-CSDDD-Umsetzung-2026-1.pdf>

<https://www.oxfam.de/themen/lieferkettengesetz>

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/eu-beschliesst-lieferkettengesetz-100.html>

VI. A r b e i t i m K a p i t a l i s m u s

stellt sich für Heinz-J. Bontrup Fn 17) wie folgt dar:

„Zunächst einmal ist die Arbeit systemisch einzuordnen. Wir müssen hier von einer kapitalistischen widersprüchlichen Ordnung ausgehen, die auch als „soziale Marktwirtschaft“ grundsätzlich eine

solche Ordnung bleibt. Menschliche Arbeit impliziert im Kapitalismus lohnabhängige Arbeit. „Der Gebrauch der Arbeitskraft ist die Arbeit selbst. Der Käufer der Arbeitskraft konsumiert sie, indem er ihren Verkäufer arbeiten läßt.“ (Marx, K., Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, MEW, Bd. 23, Berlin (Ost) 1983, S. 192) Das System verlangt inhärent nach abhängig Beschäftigten, denen die Produktionsmittel nicht gehören, auf die sie aber zur Reproduktion ihrer Ware Arbeitskraft permanent angewiesen sind. Finden sie keine Nachfrage, so sind sie arbeitslos und haben rein ökonomisch keinen Wert.

B e s c h ä f t i g t e m ü s s e n M e h r w e r t p r o d u z i e r e n

Bei der Arbeitsnachfrage sind zwei Prämissen zu erfüllen: Erstens muss der kapitalistische Nachfrager Arbeit für den abhängig Beschäftigten haben und zweitens muss er ihm einen Mehrwert erwarten lassen. (...)

Nicht nur die klassische Nationalökonomie mit ihrer Arbeitswerttheorie zeigt (...) den Tatbestand der Ausbeutung von abhängig Beschäftigten, sondern auch die neoklassische, heute dominante, Theorie auf Basis einer subjektiven Wertlehre. (...) Adam Smith (1723-1790) hat uns als klassischer und liberaler Ökonom schon 1776 gelehrt, dass der Arbeiter im Kapitalismus nie den vollen Wert seiner Arbeit erhält, sondern immer nur den Wert seiner Arbeitskraft, und damit ausgebeutet wird. (...) Auch der liberale englische Ökonom John Stuart Mill (1806-1873) schrieb 1871: „Der Grund des Profits ist, daß die Arbeit mehr produziert als zu ihrem Unterhalt erforderlich ist.“ (...) Und der deutsche Ökonom und Jesuitenpater, Oswald von Nell-Breuning (1890-1991, Vertreter der katholischen Soziallehre, hat 1960 den Ausbeutungstatbestand in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung kreislauftheoretisch noch einmal deutlich offengelegt: „In unserer Wirtschaft werden sowohl Konsumgüter als auch Kapital- oder Investitionsgüter produziert; die ersteren gehen, wie ihr Name besagt, in den Verbrauch, die letzteren dienen langfristiger Nutzung, für Wohnhäuser und dergleichen, oder dienen selbst wieder der Produktion, für Fabriken, Maschinen usw. An der Erzeugung beider Arten von Gütern wirken

die Arbeitnehmer mit; für die Arbeitsleistung in diesen beiden Zweigen der Produktion zahlen die Unternehmer ihnen einen Arbeitslohn; dieser Arbeitslohn erscheint in der Erfolgsrechnung der Unternehmer als Kosten. Verwenden die Arbeitnehmer nun den ganzen Arbeitslohn zum Kauf der geschaffenen Verbrauchsgüter, so heißt das: die Unternehmer erhalten die ganze von ihnen als Kosten aufgewendete Lohnsumme zurück und geben dafür nur die produzierten Konsumgüter ab; die neugeschaffenen Kapital- oder Investitionsgüter verbleiben ihnen sozusagen gratis und franko. Man könnte das auch so ausdrücken: die Arbeitnehmer schenken den Unternehmern die Kapital- oder Investitionsgüter und sind zufrieden, als Entgelt für ihre Leistung im Produktionsprozeß denjenigen Teil der produzierten Güter zu erhalten, der in Konsumgütern besteht. Auf diese Weise werden die Unternehmer reicher und reicher, die Arbeitnehmer bleiben Habenichtse.“ (...) (...)

B e s c h ä f t i g t e u n d G e w e r k s c h a f t e n i m A u s b e u t u n g s s y s t e m

Abhängig Beschäftigte und ihre Gewerkschaften akzeptieren das grundsätzlich beschriebene Ausbeutungs- und Verteilungssystem. Auch wenn man vielen nicht absprechen kann, wirkliche Veränderungen erreichen zu wollen, hat offenbar leider eine Mehrheit - gerade auch in den Spitzen der Gewerkschaften - seinen Frieden mit einer „Sozialpartnerschaft“, die diesen Namen unter dem neoliberalen Regime längst nicht mehr verdient, gemacht. Dagegen wäre ein generelles Hinterfragen der Funktionsweise des Kapitalismus dringend geboten. Ansonsten ist man dem „kapitalistischen Spielfeld“ ausgesetzt und muss nach den inhärenten Regeln des Systems spielen. Die entscheidende Regel ist hier das ökonomische Gesetz einer erweiterten Kapitalakkumulation verbunden mit einer maximalen Profitrate. Das von Kapitaleignern vorgeschossene Geldkapital (G) muss sich mit Profit verzinsen und es muss sich schnell umschlagen bzw. als vermehrtes Geldkapital (G') zurückkommen ($G' > G$).

Karl Marx zitiert hier im ersten Band seines Werkes, Das Kapital, den englischen Arbeiterführer Thomas Joseph Dunning

(1799-1873): „Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“ (Dunning, T. J., in: Karl Marx, Das Kapital, MEW 23, Berlin (Ost) 1983, S. 788)

T a r i f v e r h a n d l u n g e n r e i c h e n n i c h t

Die Lohnpolitik der Gewerkschaften fokussiert auf eine „produktivitätsorientierte“ Formel, die bezüglich der jährlichen nominalen Lohnsteigerungen auf einen Inflations- und Produktivitätsausgleich setzt (...). Steigt beispielsweise die Inflationsrate um 2% und die Produktivitätsrate um 1,5%, so müssten die Nominallöhne um 3,5% zulegen. Im Ergebnis würden sich dann auch die Gewinne automatisch um 3,5% erhöhen. Es läge also eine Verteilungsneutralität zwischen Kapital und Arbeit vor. Das Problem dabei ist nur, dass sich bei einer solchen Lohnpolitik an den kumulierten Vermögensbeständen bzw. an der bestehenden Vermögensverteilung nichts verändert. Hier wissen wir von einer völlig ungleichen Verteilung der Vermögensbestände in Deutschland. (...)

Vor dem Hintergrund der extrem ungleichen Vermögensverteilung fordern Gewerkschaften zu Recht beim Primäreinkommen mehr als eine Verteilungsneutralität, nämlich zusätzlich eine Umverteilungskomponente im Rahmen der von Viktor Agartz (1897-1964) entwickelten „expansiven Lohnpolitik“, die die Verteilungsposition zugunsten der Beschäftigten verbessert. Die nominalen Lohnsteigerungen müssen hier die Zuwachsraten der Produktivität und Inflation überschreiten. Dies impliziert für die Kapitaleigner aber einen Mehrwertrückgang. Ob dieser hingenommen wird (werden muss), ist dann letztlich eine Machtfrage, die zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden in Tarifverhandlungen aufgelöst werden soll.

Realiter ist hier das Ergebnis ernüchternd. Von einer „expansiven Lohnpolitik“ kann keine Rede sein und nicht einmal eine „vertei-

lunungsneutrale Tarifpolitik“ wurde regelmäßig umgesetzt. Im Gegenteil: Insgesamt kam es nach der Wiedervereinigung in Deutschland zu einer gigantischen Umverteilung der Wertschöpfungen zu Lasten der Arbeitsentgelte und zum Vorteil der Kapital- bzw. Mehrwert-einkommen. Auf Basis der gesamtwirtschaftlichen Lohnquote von 1993 haben dabei die abhängig Beschäftigten von 1991-2023 kumuliert gut 4 Bio. Euro an Einkommen verloren bzw. an die Kapitaleigentümer abgeben müssen. Es fand eine neoliberal intendierte Umverteilung von unten nach oben statt. (...)

A r b e i t s l o s i g k e i t a l s D i s z i p l i n i e r u n g s i n s t r u m e n t

Umverteilung hat eine wesentliche Ursache: Arbeitslosigkeit. Das größte Übel für den einzelnen Menschen ist keine Arbeit zu haben, d.h. arbeitslos zu sein. Der herausragende Soziologe und Sozialphilosoph Oskar Negt (1934-2024) spricht bei Arbeitslosigkeit von einem „Gewaltakt gegen Menschen“ .

Arbeit und Arbeitsplätze sind in Deutschland schon seit der schweren Wirtschaftskrise 1974/75 immer mehr bedroht und auch zunehmend in einem schlechten Zustand. Im Juli 1973 lag die Zahl der Arbeitslosen in der alten Bundesrepublik noch bei 217.000, die Arbeitslosenquote bei 1,0%. Im Januar 1975 waren es dann 1.154.000 Arbeitslose bei einer Quote von 5,0%. (...)

Mit der Wiedervereinigung 1990 stiegen die Zahlen zusätzlich sprunghaft an. Im Sommer 2002 lagen über vier Mio. Arbeitslose vor. Die Arbeitslosenquote kam auf fast 10%. Die Koalition aus SPD und Grünen richtete in Folge kurz vor der Bundestagswahl 2002 eine Kommission „Moderne Dienstleistungen im Arbeitsmarkt“ ein; später (...) „Hartz-Kommission“ genannt. Noch im August 2002 stellte die Kommission, in der auch Gewerkschaftler vertreten waren, ihren „Agenda 2010 Bericht“ vor, der vielfältige neoliberale Vorschläge zur Bekämpfung von Arbeitslosen, aber nicht zur Bekämpfung der vorliegenden Arbeitslosigkeit enthielt. Großspurig, ohne jegliche wissenschaftliche Substanz, wollte man mit den Vorschlägen der Kommission die Arbeitslosigkeit bis 2005 halbieren. Diese stieg dann aber weiter auf den höchsten Stand mit fast 4,9 Mio. registrierten Arbeitslosen im Jahr 2005 an. Die

Arbeitslosenquote lag bei 13,0%. Selbst dieser katastrophale Befund war aber nur die halbe Wahrheit. Zählte man die wegdefinierten Arbeitslosen, die Bundesagentur für Arbeit spricht hier heute zynisch von „Unterbeschäftigten“, (...) und die stille Reserve dazu, dann lag 2005 die Beschäftigungslücke bei fast sieben Mio. fehlenden Arbeitsplätzen im wiedervereinigten Deutschland. (...)

Inhärent war hier der massive Ausbau eines Niedriglohnsektors und eines Arbeitsprekariats. (...) Viele Unternehmer zahlen ihren abhängig Beschäftigten keinen existenzsichernden Lohn. Deshalb musste 2015 in Deutschland ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden. (...) In der deutschen Wirtschaft arbeiteten im April 2025 rund 6,3 Mio. Menschen für einen Stundenlohn von höchstens 14,32 Euro, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Das entspricht, wie im Vorjahr einem Anteil von 16% an allen Beschäftigungsverhältnissen. (...) Und es ist heute fast eine Selbstverständlichkeit geworden, dass der Staat den Lohn indirekt und direkt subventionieren muss.

Der Sozialökonom Rainer Roth stellt dazu fest: „Je tiefer die Löhne unter die Reproduktionskosten fallen, desto mehr steigt der Druck auf staatliche Lohnzuschüsse. (...) Indirekte Formen verbilligen einzelne Elemente der Reproduktionskosten. Die wichtigsten (...) sind Kindergeld und die verschiedensten Formen von Mietsubventionen. (...) (...) Direkte Lohnsubventionen sind staatliche Zuschüsse, die Löhne direkt aufstocken, um die Differenz zu den Reproduktionskosten zu vermindern.“ (...) (...) Einerseits geht es ohne Lohnsubventionierung bei Millionen von prekär Beschäftigten und Millionen von Arbeitslosen nicht, weder ökonomisch noch politisch, andererseits muss die Lohnsubventionierung aus der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung (Lohn, Zins, Grundrente, Gewinn) bezahlt werden. Nur, keiner der vier Wertschöpfungsarten will hier für die Rechnung aufkommen.

Das impliziert permanente schwere kapitalistische Verteilungskonflikte. Der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge schreibt in diesem Kontext: „Ungleichheit in Form einer tendenziell vertiefenden Kluft zwischen Arm und Reich ist für Klassengesellschaften geradezu konstitutiv. Länder, deren Bewohner/innen sich wesentlich durch ihr Verhältnis zum Privateigentum an Produkti-

onsmitteln voneinander unterscheiden, kennzeichnet die extreme Ungleichheit der materiellen Ressourcen. Wenn einer kleinen Minderheit der Bevölkerung - wie im kapitalistischen Wirtschaftssystem - die Unternehmen, Banken und Versicherungen gehören, wohingegen eine große Mehrheit der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft auf einem für sie zum Teil schwer zugänglichen Markt sichern muss, was vor allem bei gesundheitlichen Problemen, psychischen Beeinträchtigungen oder qualifikatorischen Defiziten häufig misslingt, kann von sozialer Gleichheit natürlich keine Rede sein. Vielmehr liegt hier die Quelle der sozioökonomischen Ungleichheit, die alle Gesellschaftsbereiche durchdringt. 'Kapitalismus erzeugt funktionsnotwendig wirtschaftliche Ungleichheit, die wiederum zu politischer Ungleichheit führt' “. (...)

Hätten wir *ceteris paribus* in Deutschland Vollbeschäftigung, so würde keiner über Finanzierungsprobleme in den Sozialhaushalten reden müssen und auch die viel kritisierte Staatsverschuldung wäre kein Problem, wären da nicht die nicht-produktiven und parasitären Rüstungsausgaben. Und trotz des gesamten schwerwiegenden Befundes findet in der Öffentlichkeit über das Riesenproblem Arbeitslosigkeit eine kritische Debatte so gut wie nicht statt - weder in der Wissenschaft noch in der Politik und der medialen Welt. (...)

Der große polnische Ökonom Michael Kalecki (1899-1970) (...) und die nicht mindergroße britische Ökonomin Joan Robinson (1903-1983) (...) haben es schon 1943 wissenschaftlich nachgewiesen, dass das Regime der Arbeitslosigkeit zur Disziplinierung der abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften eingesetzt wird. Stattdessen findet heute eine sattem bekannte und unerträgliche Stammtischdiskussion über „faule“ Arbeitslose und nicht „leistungsbereite“ Beschäftigte statt. (...) Die Deutschen müssten wieder lernen, mehr zu arbeiten, so Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und sein Vertreter Lars Klingbeil (SPD). Dem stimmen natürlich sofort die Kapitalvertreter und ihre Fürsprecher in Politik und Neoliberale in der Ökonomenzunft zu. Man schafft es hier sogar, bei vorliegender hoher Arbeitslosigkeit und einem Millionenheer prekär Beschäftigter, von einem Fachkräftemangel zu faseln und die Öffentlichkeit mit medialer Gewalt zu mystifizieren.

A r b e i t s m a r k t t h e o r i e n

Der Bremer Ökonom Rudolf Hickel schreibt (...): „ (...) Wegdefiniert wird (...) die Tatsache, dass Arbeitssuchende existenziell auf Erwerbsarbeit angewiesen sind. Insofern besteht eine strukturelle Abhängigkeit von Entscheidungen der Unternehmen, die mit dem Investitionsmonopol ausgestattet sind. Über das Ausmaß und die Art der Beschäftigung entscheiden schließlich in der Regel nicht die Arbeitsplatzsuchenden, sondern die Unternehmenswirtschaft. (...) (...) Während auf Gütermärkten sinkende Preise zur Senkung des Angebots führen, müssen Beschäftigte infolge des Rückgangs der Löhne ihr Arbeitsangebot ausweiten, um Einkommenseinbußen zu kompensieren. Dieser anomale Verlauf des Arbeitsangebots, wie überhaupt die Abhängigkeit der Arbeitsplatzsuchenden von Unternehmensstrategien, begründet im Widerspruch zur neoliberalen Verkündung die Notwendigkeit, durch Regulierung Mindeststandards auf den Arbeitsmärkten sicherzustellen.“ (...) (...)

A r b e i t s z e i t v e r k ü r z u n g

Wir brauchen schnellstens eine aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, die auf eine Vollbeschäftigung fokussiert ist. Das impliziert eine gleichverteilte kurze Vollzeit für alle. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich ist dafür das notwendig einzusetzende Instrument. Ein gesamtwirtschaftlicher Umverteilungsspielraum beim Primäreinkommen ist (...) reichlich vorhanden. Und Arbeitszeitverkürzung bietet für alle einen gesellschaftlichen Vorteil. Sie ist im makroökonomischen Ergebnis lohnstückkosten-, preis- und verteilungsneutral und senkt die Arbeitslosigkeit. (...)

2013 habe ich dazu mit dem Ökonomen und Politikwissenschaftler Mohssen Massarrat ein „Manifest zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit“ (...) verfasst und veröffentlicht und eine 30-Stunden-Woche für alle abhängig Beschäftigten gefordert - leider ohne Erfolg! (...) Den Erfolg hatte zuvor 1977 auch schon der Politikwissenschaftler und Soziologe Fritz Vilmar (1929-2015) von der FU Berlin nicht, der die Gewerkschaftsführungen in Anbetracht der Weltwirtschaftskrise 1974/75 vor den Folgen unterlassener kollek-

tiver Arbeitszeitverkürzungen gewarnt hatte. (...) 1983 wiederholte Vilmar noch einmal die Warnung, wieder ohne Erfolg! Wesentliche kollektive Arbeitszeitverkürzungen unterblieben, dafür blieb aber die verheerende Arbeitslosigkeit, sie wurde chronisch, und zusätzlich entstand noch ein millionenfaches Arbeitsprekariat mit einem Niedriglohnsektor. Wer wundert sich in diesen Kontext dann noch über eine gigantische Umverteilung von den Arbeits- zu den Kapitaleinkünften und eine weitere zugenommene Vermögenskonzentration? “

VII. G e w e r k s c h a f t e n / Arbeitsrechtler

Rhein-Zeitung vom 08.08.2026, Wirtschaft, Seite 8

DGB-Chefin: Minijobs - das süße Gift

Gastbeitrag: Susanne Wingertszahn, Vorsitzende des DGB Rheinland-Pfalz/Saarland

(...) „Heute sind Minijobs aus vielen Branchen nicht mehr wegzudenken. Rheinland-Pfalz ist dabei Spitzenreiter. Mehr als jede siebte beschäftigte Person arbeitet ausschließlich in einem Minijob - so viele wie in keinem anderen Bundesland. Besonders häufig sind Frauen betroffen. (...) Ein weitverbreitetes Missverständnis hält sich dabei hartnäckig: Auch Minijobberinnen und Minijobbern stehen gesetzlicher Mindestlohn, bezahlter Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die gesetzlichen Kündigungsfristen zu. Arbeitsrechtlich sind sie Beschäftigte wie alle anderen auch. Dennoch wenden sich immer wieder Betroffene an uns Gewerkschaften, weil ihnen diese Rechte vorenthalten werden. Sehr deutlich werden die Unterschiede bei der sozialen Absicherung: Wer ausschließlich in einem Minijob arbeitet, hat oft weder Anspruch auf Arbeitslosengeld, noch kommt er später auf eine nennenswerte Rente. (...)“

Der überwiegende Teil der Minijobber arbeitet dabei keineswegs in einfachen Helfertätigkeiten. Trotzdem erhält in Rheinland-Pfalz mehr als die Hälfte lediglich den gesetzlichen Mindestlohn. Vor allem Frauen sind davon betroffen. Ihre Durchschnittsrente liegt in unserem Bundesland bei nicht mal 900 Euro. Altersarmut ist ein Thema, das vor allem Frauen betrifft. “

Rhein-Zeitung vom 10.08.2026, Wirtschaft, Seite 7

DGB läuft Sturm gegen Arbeitszeitreform

Der stellvertretende DGB-Chef Stefan Körzell verteidigt den Acht-Stunden-Tag

(...) „Während Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger auf eine Reform pocht, warnte der stellvertretende DGB-Chef Stefan Körzell: „Wer den Acht-Stunden-Tag angreift, spielt mit dem Feuer.“ Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hatte bei einer Sommerpressekonferenz Mitte Juli gesagt, er erwarte im Herbst einen Gesetzentwurf von Arbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) zur Arbeitszeitreform. (...)

Das deutsche Arbeitszeitgesetz begrenzt die tägliche Arbeitszeit auf acht Stunden. Sie kann nur mit Ausgleich innerhalb eines halben Jahres auf bis zu zehn Stunden verlängert werden. Die europäische Arbeitszeitrichtlinie sieht dagegen eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden vor. Dulger sagte, sogar eine Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder wünsche sich eine Wochenhöchstarbeitszeit. (...) Körzell sagte: „Richtig ist, dass die Mehrheit der Beschäftigten - auch die Gewerkschaftsmitglieder - keine überlangen Arbeitszeiten will.“ Die Arbeitgeber wollten die Höchstarbeitszeit ausweiten - „und damit zurück zum Herr-im-Hause-Prinzip“, so der Gewerkschafter. „Geschäftsführer sollen wieder allein anordnen können, wie lange gearbeitet wird.“

Körzell warnte vor einem „Rückfall ins 19. Jahrhundert“. Mit einer modernen Arbeitsgesellschaft habe das nichts zu tun. „Im schlimmsten Fall könnten Beschäftigte in nicht tarifgebundenen Unternehmen dazu verdonnert werden, bis zu 13 Stunden täglich zu arbeiten - dabei sind viele Belegschaften schon heute ausgelaugt.“ Ein Unternehmen, das keine Aufträge habe, bekomme auch nicht dadurch mehr, dass seine Beschäftigten länger arbeiten könnten. Tarifverträge böten zudem schon viel Flexibilität, etwa zu Schichtarbeit. „Wo kein Tarifvertrag existiert, ist der gesetzlich geregelte Acht-Stunden-Tag oft das entscheidende Schutzinstrument - das muss erhalten bleiben“, forderte Körzell. Das Unfallrisiko steige exponentiell, werde länger als acht Stunden gearbeitet.“

Rhein-Zeitung vom 11.08.2026, Wirtschaft, Seite 7

DGB mahnt Verstöße und Trickereien an

„Die Umgehung des Mindestlohns hat nach Berechnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes seit 2015 insgesamt rund 64 Milliarden Euro wirtschaftliche Schäden angerichtet. 35 Milliarden Euro davon hätten betroffene Arbeitnehmer getragen, die den Mindestlohn nicht in voller Höhe bekommen hätten, heißt es in einer Auswertung des DGB. 22 Milliarden Euro Verluste entfielen demnach auf die Sozialkassen, an die zu wenig Beiträge gezahlt wurden. Zudem hätten dem Fiskus 7 Milliarden Euro Einkommensteuer gefehlt, hieß es weiter. „Ein Teil der Finanzierungslücken geht auf kriminelles Handeln von Arbeitgebern zurück, die ihren gesetzlichen Pflichten nicht nachkommen“, heißt es in der Auswertung.

Grundlage sind Auskünfte von Beschäftigten zu Einkommen und Arbeitszeiten in der Langzeitbefragung „Sozioökonomisches Panel“. Daraus ergibt sich laut DGB, dass seit der Einführung des Mindestlohns 2015 durchschnittlich etwa 2 Millionen Beschäftigte pro Jahr zu wenig Lohn erhalten hätten. Im Schnitt fehlten demnach 1,70 bis 2,40 Euro pro Stunde. Daraus errechneten DGB-Experten die Ausfälle für Beschäftigte, Sozial- und Staatskassen pro Jahr.

Der gesetzliche Mindestlohn von derzeit 13,90 Euro ist eine allgemeine Untergrenze, die nur in Ausnahmen unterschritten werden darf, etwa bei Praktikanten. Kritiker beklagen Tricks, um den Mindestlohn zu umgehen, so etwa unbezahlte Arbeitszeiten, Abzüge für vermeintliche Kosten oder in der Arbeitszeit nicht schaffbare Vorgaben. “

SWR Pressemeldung vom 18.08.2026

Verstöße gegen Mindestlohn und Arbeitszeit

Schwere Vorwürfe gegen Betreiber von Sanifair-Anlagen an Autobahnen und von Toiletten in Einkaufszentren

„Zwölf-Stunden-Schichten an sieben Tagen die Woche ohne einen Tag Pause. Dafür ein Stundenlohn von rund 5 Euro, weit unter dem Mindestlohn für Gebäudereiniger, der bei 15 Euro liegt. Davon berichten mehrere Reinigungskräfte von Sanifair-Toilettenanlagen an Autobahnraststätten gegenüber REPORT MAINZ. Um die Aussagen zu überprüfen, hat das ARD-Politikmagazin selbst an mehreren Raststätten bundesweit Arbeitszeiten dokumentiert. Diese Recherchen haben ergeben, dass die Reinigungskräfte tatsächlich dort täglich zwölf Stunden im Einsatz waren. (...)“

A r b e i t s r e c h t l e r sieht Hinweise auf Scheinselbstständigkeit Sanifair ist ein Tochterunternehmen des Quasi-Monopolisten an deutschen Autobahnraststätten: Tank & Rast. Die Reinigungskraft arbeitet nicht direkt für Sanifair, sondern laut Arbeitsvertrag für eine Firma mit Sitz in Bulgarien. Ein Subunternehmen, das für Raststätten-Pächter Sanifair-Toiletten reinigt. In seinem Vertrag ist die Reinigungskraft als freiberuflicher Mitarbeiter und „Gesellschafter“ geführt. Für den Arbeitsrechtsexperten Prof. Florian Rödl ist die Vertragsgestaltung ein möglicher Versuch, Mindestlohn und Arbeitszeitgesetz zu umgehen. Es handle sich um abhängige Beschäftigung: „Das ist einfach strafbarer Betrug. Da wir es hier nicht mit einem Einzelfall zu tun haben, ist es ein Betrug in großem Stil, der eigentlich auch hohe Strafdrohungen auf sich ziehen müsste“, so Rödl.

Der Arbeitsrechtler sieht die Verantwortung nicht nur bei dem Subunternehmer und Raststätten-Pächtern, sondern auch bei Sani-

fair beziehungsweise Tank & Rast. Aus seiner Sicht profitieren die Unternehmen wirtschaftlich von einem Geschäftsmodell, das auf „ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen“ beruhe. “

Ausführlich:

<https://www.swr.de/video/sendungen-a-z/report-mainz/pm-ausgebeutetfuersanifair-18082026-100.html>

VIII. K A B / Katholische Arbeitnehmer-Bewegung

Die KAB äußert sich zum Begriff / Thema / Problem

' menschenwürdige Arbeit ' in vielfältiger Weise - kompetent, engagiert und tiefgründig. So z.B. hier:

<https://www.kab.de/arbeit/menschenwuerdige-arbeit>

<https://www.kab.de/bewegung/werkzeug/meldungen-uebersicht/detailansicht/article/7-oktober-menschenwuerdige-gehört-auch-an-den-arbeitsplatz>

<https://kab-aachen.de/was-wir-tun/kampagnenarchiv/arbeit.macht.sinn/welttag-menschenwuerdige-arbeit/>

<https://www.kab-trier.de/ueber-uns>

<https://www.kab-trier.de/arbeit/taetigkeitsgesellschaft>

Die KAB Trier positioniert sich unter ' ueber uns ' (Wir sind ...) wie folgt: „Unser Auftrag Auf der Basis der biblischen Botschaft und der kirchlichen Sozialverkündigung setzen wir uns für menschenwürdiges Arbeiten und Leben weltweit ein. Weil Arbeit für uns mehr ist als Erwerbsarbeit, streben wir die Tätigkeitsgesellschaft an.“ Zum Begriff der Tätigkeitsgesellschaft ' taetigkeitsgesellschaft ' führt die KAB Trier aus: „ (...) Ziel ist eine solidarische und gerechte Gesellschaft, in der die Beseitigung der Armut, die strikte Neuordnung des Finanzsystems, die Ökologisierung der Wirtschaft und die soziale Erneuerung der Arbeitsgesellschaft Hand in Hand gehen.

Die „Bausteine“ unseres Modells der Tätigkeitsgesellschaft sind miteinander verbunden und greifen ineinander.

Triade der Arbeit - Neue Formen der Arbeit - Teilung der Erwerbsarbeit - Verteilungsgerechtigkeit - Sinn des Lebens - Soziale Sicherheit - Regionales Wirtschaften - Politik von unten - Ökologische Erneuerung.

T r i a d e d e r A r b e i t

Ein zentrales Element der Tätigkeitsgesellschaft zielt auf einen Ausgleich und eine neue Verhältnisbestimmung der unterschiedlichen Formen von Arbeit in der „Triade der Arbeit“. Alle Formen menschlicher Arbeit, die Erwerbsarbeit, die Privatarbeit und die gemeinwesenbezogene Arbeit, sind gleichwertig und müssen zur Selbstentfaltung und Selbstbestimmung des Menschen beitragen. Arbeit soll zur befreienden Arbeit, zur „Tätigkeit“ werden, um den Menschen und dem sozialen Zusammenleben gerecht zu werden. (...) Alle Formen der Arbeit müssen zwischen Frauen und Männern gleichermaßen fair und gerecht verteilt werden.

„Wir leben in einer Welt, die sich weiter spaltet. Fortschreitende Armut und Ausgrenzung sind Folgen ungerechter Strukturen, insbesondere eines marktradikalen Wirtschaftsmodells, das unfähig ist, eine gerechte und solidarische Verteilung der Güter unserer Erde und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für alle und kommende Generationen sicherzustellen.“ (...) “

Es besteht also ein innerer Zusammenhang zwischen „Menschenwürdiger Arbeit“ - „Tätigkeitsgesellschaft“ - „Triade der Arbeit“.

Die Broschüre der KAB Deutschlands „7. Oktober WELTTAG FÜR MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT MENSCHENWÜRDIG ARBEITEN SOLIDARITÄT LEBEN“ - Köln 2019 - zeigt unter Bezugnahme auf den Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) erste - einleitende - Beispiele für menschenwürdige Arbeitsbedingungen auf:

- > ein Verbot von Kinderarbeit,**
- > Maßnahmen, die der Benachteiligung von Frauen am Arbeitsplatz entgegenwirken (Gleichstellung),**
- > ein Hinwirken auf „qualitativ hochwertige öffentliche Dienste“,**

- > den Schutz der Umwelt, einen hinreichenden Arbeitsschutz der Beschäftigten und
- > eine angemessene soziale Sicherung. (Vgl. S. 4 der KAB-Broschüre)

Die KAB Deutschlands konkretisiert und präzisiert sodann weitere Beispiele für 'menschenwürdige Arbeit':

- > Zu menschenwürdiger Arbeit gehört das Recht auf gerechte Vergütung;
- > Zu menschenwürdiger Arbeit gehört das Recht auf Ruhe;
- > Zu menschenwürdiger Arbeit gehört das Recht auf „Arbeitsräume und Produktionsprozesse (...), die dem Arbeitnehmer weder gesundheitlich noch geistig-sittlich schaden“;
- > Zu menschenwürdiger Arbeit gehört das Recht auf Wahrung der eigenen Persönlichkeit am Arbeitsplatz, „ohne dass dabei das eigene Gewissen oder die Menschenwürde Schaden leiden“;
- > Zu menschenwürdiger Arbeit gehört das Recht auf angemessene Unterstützung, die für den Unterhalt der arbeitslosen Arbeitnehmer und ihrer Familien unerlässlich ist;
- > Zu menschenwürdiger Arbeit gehört das Recht auf Ruhestandsgeld und Versicherung im Alter, bei Krankheit und nach Arbeitsunfällen;
- > Zu menschenwürdiger Arbeit gehört das Recht auf Mutterschutz;
- > Zu menschenwürdiger Arbeit gehört das Versammlungs- und Vereinigungsrecht. (Vgl. S. 22 der KAB-Broschüre)

Es ist zweifelsfrei, dass die KAB bei der Bearbeitung des thematischen Beziehungsgeflechts „Menschenwürdige Arbeit“ / „Tätigkeitsgesellschaft“ / „Triade der Arbeit“ ernsthaft/sorgfältig, zielorientiert und respektvoll gehandelt hat.

Gleichwohl: Begründete sachliche/inhaltliche Kritik wurde vorgebracht - berechnete Fragen wurden aufgeworfen. Das Autoren-Duo Kuno Füssel und Günther Salz hat in „Das Ganze verändern - Beiträge zur Überwindung des Kapitalismus“ (Fn 18) die seriöse und gleichzeitig auch herausfordernde Kritik eröffnet.

Füssel/Salz:

„Auf den ersten Blick hat sich auch die KAB Deutschlands dem Ziel einer „anderen Produktionsform“ verschrieben. Arbeit soll vernünftig, menschenwürdig und Mitwirkung am Schöpfungsauftrag sein.

Die Gesellschaft soll gerecht und solidarisch, die Wirtschaft nachhaltig sein. Bereits im Erfurter Beschluss von 2007 war im Kontext der „Tätigkeitsgesellschaft in Europa“ gesagt worden, dass „alle Arbeit der Menschen von Entfremdung und Fremdbestimmung zu befreien“ sei. Dies setzte „die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsweise voraus“, wurde angefügt. (...) Inwieweit diese Vorstellungen und Visionen aber dennoch die herrschenden Gedankenformen widerspiegeln und der Wertform verhaftet sind oder ob sie darüber hinausgehen, soll im Folgenden vor dem Hintergrund der Analyse des kapitalistischen Ganzen diskutiert werden. (Anm. H. G. - „Das Ganze verändern“, S. 47) Das bundesverbandliche Problembewusstsein (...) der KAB spiegelt sich im Würzburger Beschluss von 2011. Unter der Losung „Fair teilen statt sozial spalten - Nachhaltig leben und arbeiten“ stellte sich der Bundesverband der Mehrfachkrise (...). Im Würzburger Beschluss (...) beginnt der Blick auf die Welt mit einem besorgten Ausruf: „Vor unseren Augen spielt sich ein Drama unvorstellbaren Ausmaßes ab. Statt fair zu teilen, spaltet sich die Welt weiter. Wir stehen vor dem Scherbenhaufen globaler Krisen.“ (...) (...) Verantwortlich für diese Entwicklung sei ein marktradikales Wirtschaftsmodell, das die Verteilungsfrage ausschließe bzw. unfähig sei, „eine gerechte und solidarische Verteilung der Güter unserer Erde und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für alle und kommende Generationen sicher zu stellen.“ (...) (S. 48)

Demgegenüber „setzt die KAB auf das Leitbild einer Tätigkeitsgesellschaft. Ziel ist eine solidarische und gerechte Gesellschaft, in der die Beseitigung der Armut, die strikte Neuordnung des Finanzsystems, die Ökologisierung der Wirtschaft und die soziale Erneuerung der Arbeitsgesellschaft Hand in Hand gehen.“ (...) (...) Im ALBSL (Arbeits- und Lesebuch der KAB „Sinnvoll leben“) verdeutlicht Michael Schäfers, was er meint: Die bisherigen großen Erzählungen von Fortschritt und Wachstum hätten nicht das „gute Leben für alle“ gebracht, sondern zu Spaltung, Ungleichheit, Ausplünderung des Planeten und zur Verdrängung des Unrechts geführt. Positiv knüpft er an die große Erzählung der Arbeiterbewegung an: In ihr ginge es um die „Befreiung der menschlichen Arbeit von Zwängen und Entfremdung“ und um die Abschaffung „sinnlosen

Arbeitens“. Dennoch sei auch diese Erzählung angesichts der Abspaltung der (meist weiblichen) Reproduktionstätigkeiten keineswegs ganzheitlich. (Anm. H. G.: Diese Aussage hat meine volle Zustimmung.) Daher müsse die KAB mit der Tätigkeitsgesellschaft weiter gehen (...). (S. 49) (...)

Ohne Zweifel ist die KAB aufmerksam und kritisch gegenüber den Erscheinungsformen der Mehrfachkrise. Sie führt diese aber nicht auf das Wesen des Kapitalismus, sondern im Wesentlichen auf Fehler der Politik und des Staates zurück. (Vgl. Würzburger Beschluss 2011). Die neoliberale Politik habe den „Raubtier Kapitalismus“ von der Kette gelassen. So sei er bissig und von allen guten Geistern der Regulierung (sprich: dem Geist der „Sozialen Marktwirtschaft“) verlassen worden, meint man. (S. 51)

Statt den gemeinsamen Ursachenzusammenhang der „Vernutzung von Arbeit und Schöpfung“ zu explizieren (z. B. anhand der Marxschen (Mehr-)Werttheorie und insbesondere mit Hilfe der Kategorie des relativen Mehrwerts (...), wird eine „Erneuerung von Politik und Demokratie“ gefordert, mit der eine sozialverträgliche Re-Regulierung und ein ökologischer Umbau erstritten werden soll.

Die Politik kann sich aber nur im Rahmen der Wertform bewegen und fordert dementsprechend mehr Arbeit und Wachstum. Das macht zum Beispiel eine stimmige Klimapolitik unmöglich. (S. 52) (...) Dem kapitalistischen Staat geht es nicht um „den Menschen“ oder um die von der KAB geforderte Befriedigung der (Grund)Bedürfnisse. Denn der Markt stellt zu aller erst die Sphäre der Zirkulation zwischen Produktion und Konsumtion dar, in der Waren in Geld verwandelt werden sollen. Hier wird der in der Produktion potentiell angeeignete Mehrwert im Rahmen der Konkurrenz der Einzelkapitale realisiert und verteilt. Auf der gesellschaftlichen Oberfläche, dem Markt, ist das Wert- und Ausbeutungsverhältnis unsichtbar geworden. (S. 53) Fn 19) (...) (...)

Kern der Tätigkeitsgesellschaft ist die „Triade der Arbeit“, die nicht nur die drei Formen der Arbeit als gleichwertig herausstellt und damit die Erwerbsarbeit relativiert, sondern auch will, dass alle Arbeitsformen zur Selbstbestimmung und Selbstentfaltung der Menschen beitragen. Arbeit soll zur „befreienden Arbeit, zur 'Tätigkeit' werden.“ (...)

Aber wie soll Arbeit zur „befreienden Arbeit“ und zur „Tätigkeit“ werden, wenn sie dem Diktat des Werts und der Mechanik des automatischen Subjekts ausgesetzt ist? Wie soll menschliche Arbeit Mittel zum „Bewahren und Bebauen“ sein können, wenn sie der Verwertung des Werts als einem irrationalen Selbstzweck unterliegt? Wie sollen alle Formen der menschlichen Arbeit gleichwertig werden, wenn die „Privatarbeit“ - und in gewissem Maße auch die Gemeinwohltätigkeit - dem Wert-Abspaltungsverhältnis unterliegt, also per definitionem nicht gleich-„wertig“ sein können, und ihre Abspaltung dem Funktionieren des Wertverhältnisses dient? Wie soll eine „umfassende Verteilungsgerechtigkeit“ umgesetzt werden, wenn das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht aufgehoben wird und damit auch die abhängige Lohnarbeit erhalten bleibt? Wie soll „fair geteilt“ werden, wenn die beschworenen „Eingriffe in die Herrschgewalt“ nicht präzisiert und in ein radikales Veränderungskonzept eingearbeitet werden? Wie soll das Verhältnis von Kapital und Arbeit „grundlegend“ verändert werden, wenn dabei im wesentlichen an eine „paritätische Unternehmensverfassung“ gedacht ist, die angeblich eine „wirksame Mitbestimmung über Produktionsprozesse und Produkte“ (lt. Würzburger Beschluss) erlauben soll, wenn das Kapitalverhältnis selbst nicht aufgehoben, ja im Kontext der „Befreiung“ nicht einmal thematisiert wird? (S. 54/55) (...)

Ohne die Überwindung der Fetischverhältnisse, die den Kapitalismus konstituieren, stabilisieren und prolongieren, führt es auch nicht weiter, das „Recht auf Arbeit“ zum „Recht auf Tätigsein“ (...) umwandeln zu wollen. Das „Recht auf Arbeit“ war schon immer nur das Recht darauf, ausgebeutet zu werden. So lange die (Lohn) Arbeit im Kapitalismus als Rohstoff der Verwertung dient, so lange sie als variabler Teil des Kapitals (neben dem konstanten Teil, den Produktionsmitteln) fungiert, so lange das Lohn- und damit auch das Kapitalverhältnis fortbesteht und so lange den Produzenten des Reichtums die Produktionsmittel nicht gehören und keine nachhaltige Art der Reichtumsproduktion realisiert wird, - so lange kann es keine „selbstbestimmte Arbeit“ und keine Befreiung von Entfremdung geben. (...) (S. 57/58) (...)

M a r x Reich der Notwendigkeit / Reich der Freiheit

Der Kapitalismus habe (...) den Vorzug, dass seine Produktivkräfte und -elemente für eine „höhere Neubildung“ günstiger seien, als jene der Sklaverei oder der Leibeigenschaft. So stelle er keimförmig die materiellen Mittel bereit, die es einer höheren Gesellschaftsform erlaubten, die gesellschaftlich notwendige Mehrarbeit mit einer Verkürzung der hierfür nötigen Arbeitszeit zu verbinden. (...) Dabei stellte er jedoch auch klar, dass Mehrarbeit, die Mehrwert ohne Gegenleistung aus abhängiger Lohnarbeit schöpft, ihrem Wesen nach Zwangsarbeit bleibt, ungeachtet dessen, dass sie als Ergebnis eines „freien“ Vertrages auftritt. Fn 19)

Marx weist darauf hin, dass der wirkliche Reichtum und die beständige Erweiterung der Reproduktion einer Gesellschaft nicht von der Länge der Mehrarbeit, sondern von ihrer Produktivität und von reichhaltigen Produktionsbedingungen abhängen. Diese Bedingungen können das Potential für gesellschaftliche Freiheit sein. Das „Reich der Freiheit“ beginne jedoch erst dort, wo die durch Not und äußere Zweckmäßigkeit erheischte Arbeit aufhöre - also jenseits der materiellen Produktion. (...)

Die Freiheit im „Reich der Notwendigkeit“ (der materiellen Produktion) könne nur darin bestehen, dass die „assoziierten Produzenten“ den Stoffwechsel mit der Natur vernünftig, effektiv und würdig regeln, d. h. ihn unter ihre gesellschaftliche Kontrolle bringen, „statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden“ (...).

Erst jenseits des „Reichs der Notwendigkeit“ setze das „wahre Reich der Freiheit“ ein, in dem der Mensch seine menschliche „Kraftentfaltung“ als Selbstzweck (...) betreiben könne. Das „Reich der Freiheit“ könne allerdings nur auf der Basis des „Reichs der Notwendigkeit“ zur Blüte gelangen. Hierfür wiederum sei die Verkürzung des Arbeitstages die Grundbedingung. (...) (S. 88/89) (...)

R e i c h - G o t t e s - Verträglichkeitsprüfung und S y s t e m f r a g e n

Der Kapitalismus ist alles andere als das von Jesus in Aussicht gestellte große Festmahl, die offene Tischgemeinschaft, zu der alle, insbesondere aber die Armen, Kranken und Behinderten geladen sind, in der Über- und Unterordnung aufgehoben und das bestehen-

de Ganze umgekehrt und überwunden worden ist. (...) Der Kapitalismus ist alles andere als ein Leben in Würde und Fülle für alle, alles andere, als eine „solidarisch-egalitär-offene Gemeinschaft von Menschen, in der sich alle gegenseitig als gleichberechtigte und bedürftige Subjekte anerkennen“ (...) und keineswegs die Selbstverwirklichung von Menschen, sondern ihr Missbrauch als Objekte zur Kapitalverwertung. (...)

Was also hindert die KAB daran, die „Systemfrage“ offen und konsequent zu stellen, also deutlich für eine Überwindung des Kapitalismus einzutreten? (...)

„Arbeit“ ist nicht das letztgültige Ziel des Lebens, sondern nicht-entfremdetes Leben. (...)

Dieser Hinweis führt naht- und zwanglos (...) zur Freiheitsinstitution des Sabbats zurück. Denn der Sabbat als eine „Dritte Zeit“ (...) jenseits von Arbeit und Ruhe ist ja als Tag der Freiheit von aller (Arbeits-)Last und aller Herrschaft, ein Fest des Lebens. Er macht den Menschen zum Menschen indem er Freiraum gibt für jene zweckfreien, selbstbestimmten „höheren Tätigkeiten“, bei Marx z. B. komponieren o. ä. (...), nach Erich Fromm, „beten, studieren, essen, trinken, singen und lieben“; (...) Freiraum für ein Leben zum Sein und nicht bloß zum Tun.

Nicht „die Arbeit“ ist Lebenszweck, sondern menschliche Freiheit. Arbeit ist kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck eines freien, nicht-entfremdeten und guten Lebens für alle. Arbeit muss Teil dieser Zwecksetzung und Sinngebung sein; der Zweck der Arbeit muss frei und gesellschaftlich bestimmt sein und das darüber Hinausgehende ermöglichen: Die Freiheit von allen Zwecken. Erst dann kann sie als Schöpfungstätigkeit „Vorhalle zum Heiligtum“ (...) werden. (Anm. H. G.: Siehe die Fn 6 - 13 auf den S. 116/117 (Urs Eigenmann und Franz Segbers).)

Müsste in der KAB also nicht noch einmal über ihre gesellschaftliche Vision der „Tätigkeitsgesellschaft“, die das Tun in den Mittelpunkt stellt, ohne den gesellschaftlichen Rahmen gründlich zu untersuchen, nachgedacht werden? Müsste nicht ihre Gesellschaftsvorstellung vom Wesen des Sabbats her neu gefasst und von dort aus ihre Synthesis, ihr Zusammenhalt sowie der Zweck der Arbeit bestimmt werden? Dafür spricht auch, dass Marx' Vorstellungen

vom Reich der Notwendigkeit und vom Reich der Freiheit nahe bei den Wesensaussagen des Sabbats sind und strukturell ähnlich liegen: Das Reich der Notwendigkeit und das Reich der Freiheit bedingen und durchdringen einander, ebenso wie der Sabbat den Werktag durchdringt, der ihn umgekehrt durch eine vernünftige, menschendienliche Ökonomie erst real ermöglicht. Dann aber wäre das Marxsche Kürzel für das Jenseits der Wertform und des Fetischismus, der „Verein freier Menschen“ (...), angemessener, als der Begriff der „Tätigkeitsgesellschaft“.

Schließlich geht es (mit Marx) darum, die entfremdete Arbeit aufzuheben statt zu glauben, dass man sie auf der Basis der Wertform zu „selbstbestimmten Tätigkeiten“ ummodellieren könnte. (...)

Der Begriff der „Tätigkeit“ bzw. der „Tätigkeitsgesellschaft“ ist mindestens so abstrakt wie der der „Arbeit“ bzw. der „Arbeitsgesellschaft“; seine Berechtigung hätte er nur dann - und auch nur übergangsweise -, wenn er als Kampfbegriff der fremdbestimmten Lohnarbeit gegenüber gestellt und dabei deutlich gemacht würde, dass diese selbst mitsamt des Kapitalverhältnisses aufgehoben gehört. “ (...) (S. 115 – 118)

(Anm. H. G.: Die Kritik von Füssel/Salz ist anspruchsvoll. Einigen in der KAB-Gemeinschaft mag sie an der einen oder anderen Stelle als (zu) 'streng' erscheinen. Dem wäre mit Respekt zu begegnen. Jedenfalls steht völlig außer Frage, dass diese Kritik zulässig und inhaltlich w o h l b e g r ü n d e t ist. Ich stimme dieser Kritik von Füssel/Salz zu.)

D i e M ü h e n d e r E b e n e n ...

Leserbrief von Helmut Gelhardt vom 21.06.2026 in der Rhein-Zeitung: Es muss für menschenwürdige Arbeit gekämpft werden

[https://www.kab-trier.de/fileadmin/user_upload/kab-trier_de/Texte/Kapitalismuskritik/26-06-21_Leserbrief_HG -
Arbeitszeitgesetz.pdf](https://www.kab-trier.de/fileadmin/user_upload/kab-trier_de/Texte/Kapitalismuskritik/26-06-21_Leserbrief_HG_-_Arbeitszeitgesetz.pdf)

IX. I L O K e r n a r b e i t s n o r m e n d e r I n t e r n a t i o n a l e n A r b e i t s o r g a n i s a t i o n

„Zusätzlich zu den Grundrechten, die in den internationalen Menschenrechtsverträgen festgelegt sind, setzen die Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) universelle Mindeststandards für menschenwürdige Arbeit. Sie sind unabhängig vom Entwicklungsstand eines Landes gültig und umfassen die vier Bereiche Vereinigungsfreiheit, Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf, Abschaffung der Kinderarbeit und Beseitigung der Zwangsarbeit. Diese Grundprinzipien wurden in acht Übereinkommen, den sogenannten Kernarbeitsnormen, festgehalten.“

(Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2026) - Link 1

„ (...) Die ILO Kernarbeitsnormen sind als Menschenrechte das Rückgrat einer menschenwürdigen Arbeitswelt“, so Dr. Annette Niederfranke, ILO Direktorin Deutschland. (107. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz (4. Juni 2018)) - Link 2

„ (...) Der internationale Wettbewerb kann weder geleugnet noch durch protektionistische Maßnahmen unmöglich gemacht oder erschwert werden. (...) Allerdings gilt nicht anders als im Bereich des nationalen Rechts, dass der Wettbewerb fair sein muss, dass niemand Vorteile aus eigenen Rechtsverstößen ziehen darf. Im vorliegenden Zusammenhang ist insbesondere von Bedeutung, dass die so genannten Kernarbeitsnormen der ILO („Core Labour Standards“) einen internationalen Mindeststandard festlegen, der nicht unterschritten werden darf. Dazu gehören das Verbot der Kinder- und das Verbot der Zwangsarbeit sowie die Gewerkschaftsfreiheiten. Wird diesen Minimalanforderungen nicht Rechnung getragen, sind Handelssanktionen möglich. (...)

In Deutschland wird die Frage diskutiert, ob die Produktion von Waren und die Erbringung von Dienstleistungen unter Bedingungen, die nicht den Kernarbeitsnormen der ILO entsprechen, nicht unlauteren Wettbewerb darstellt, sodass nach den Regeln des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb (=UWG) jeder andere Wettbewerber sowie Verbraucherverbände das Recht haben, den weiteren Vertrieb der fraglichen Gegenstände bzw. die weitere Erbringung der Dienstleistung gerichtlich verbieten zu lassen. (...) Die bisheri-

gen Erfahrungen in diesem Bereich sind gering (...). Gleichwohl ist denkbar, dass in Zukunft diesem Gedanken stärkere Bedeutung zukommen wird.“ (...) (Prof. Dr. Wolfgang Däubler Grundstrukturen des deutschen Arbeitsrechts und seine Perspektiven unter dem Einfluss der Globalisierung (siehe: V. 2. - S. 24/25)) - Link 3

„ N o r m e n k o n t r o l l e - Alle 187 Mitgliedsstaaten der ILO müssen in regelmäßigen Abständen über Umsetzung der universell gültigen Kernarbeitsnormen Bericht erstatten, unabhängig davon, ob eine Ratifizierung der Übereinkommen stattgefunden hat.

Was sind die ILO Kernarbeitsnormen und sind diese rechtsbindend? Die zehn ILO Kernarbeitsnormen bilden das Grundgerüst der internationalen Arbeits- und Sozialstandards. Sie sind Ausdruck der fünf Grundprinzipien: (1) Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen, (2) Beseitigung der Zwangsarbeit, (3) Abschaffung der Kinderarbeit, (4) Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf, (5) Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit.

Die Kernarbeitsnormen stehen im Rang von Menschenrechten mit universeller Gültigkeit. Die weiteren Konventionen und Übereinkommen werden durch die Ratifizierung der Mitgliedsstaaten rechtlich bindend. (Anm. H. G. - Ratifizierung = In-Kraft-Setzung / Rechtskraft) Nach der Ratifizierung wird ihre Umsetzung auf nationaler Ebene von der ILO juristisch und faktisch regelmäßig überprüft. Auch Länder, die die Kernarbeitsnormen nicht ratifiziert haben, werden jährlich durch die ILO aufgefordert zu erklären, warum eine Ratifizierung nicht stattgefunden hat und wie die Normen trotzdem eingehalten werden. Entscheidend ist, dass die Kernarbeitsnormen den Status von Menschenrechten und damit eine universelle Gültigkeit haben. (...) “ (IAO/Internationale Arbeitsorganisation 19. September 2022) - Link 4

Link 1

<https://www.bmz.de/de/service/lexikon/kernarbeitsnormen-der-internationalen-arbeitsorganisation-60428>

Link 2

<https://www.ilo.org/de/resource/news/erklaerung-ueber-grundlegende-prinzipien-und-rechte-bei-der-arbeit-ilo>

Link 3

<https://www.daeubler.de/wp-content/uploads/2023/07/0505China.pdf>

Link 4

<https://www.ilo.org/de/normenkontrolle>

Link 5 - Zum Ganzen

<https://www.labournet.de/wp-content/uploads/2020/07/MaterialienILO.pdf>

X. U N - Z i e l e für nachhaltige Entwicklung S D G s - Sustainable Development Goals - Ziel 8 Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum

Klaus Dörre Fn 20) schreibt: „Die 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der Vereinten Nationen sind trotz berechtigter Kritik am Zustandekommen, dem Kompromisscharakter, ihrer inneren Widersprüchlichkeit und der relativen Unverbindlichkeit ein guter Maßstab, um die Qualität gesellschaftlicher Verhältnisse und deren Entwicklungsdynamik zu bewerten (...). (...)“

Hinter diese Ziele dürfen Konstruktionen von Gemeinwohl und Gemeinsinn in der Gegenwart nicht mehr zurückfallen. (...) Die Ziele kennen nur noch eine Welt, die sich entweder gemeinsam und solidarisch entwickelt oder eine Ära des globalen Niedergangs und der permanenten Disruption (Anm. H. G. = einschneidende (meist zerstörerische) Veränderung) einleitet. (...)

Bei Degrowth- oder Postwachstumsbefürwortern dürfte die Festlegung auf „dauerhaftes, breitenwirksames, nachhaltiges Wachstum“ (Ziel acht) für Ablehnung und Befremden sorgen, denn in deren Sicht schließen Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum einander aus. (...)

In Formulierungen wie der eines „nachhaltigen Wachstums“ finden (...) Interessenkonflikte ihren Ausdruck. Das Ziel steht für eine Entscheidungssituation, in welcher der Staatengemeinschaft im Grunde nur jene beiden Optionen zur Verfügung stehen, die Tim Jackson (...) in klaren Worten auf den Punkt gebracht hat: „One is to make growth sustainable; the other is to make de-growth stable.“

Anything else invites either economic or ecological collapse“ (...), das heißt, gesellschaftliche Stabilität und Integrationsfähigkeit können sich nicht mehr auf rasches, permanentes Wirtschaftswachstum stützen; Anpassung an geringes, selektives oder ausbleibendes Wachstum ist gefragt. “ (...) (S. 100-103)

H. G.: Es überrascht, dass Klaus Dörre im Zusammenhang mit Ziel acht SDGs (auch 'menschenwürdige Arbeit') an dieser Stelle keine direkte, explizite Aussage zum Bereich 'menschenwürdige Arbeit' trifft. Erst an anderer Stelle äußert sich Dörre unter der Zwischen-Teil-Überschrift 'humane Arbeit' zu Arbeitssituationen, die zweifelsohne dem Komplex 'menschen u n würdige Arbeit' zuzuordnen sind. Im Zusammenhang der Gesamtthematik 'Produktionsvolumen/Beschäftigung/Personalplanung/Arbeitsbedingungen' hält Klaus Dörre fest: „Innerhalb der Betriebe führt das zu einer dauerhaften Aufspaltung der Belegschaften. Zu den Festangestellten gesellen sich Leiharbeiter, die beim gleichen Unternehmen eingestellt sind. Neben ihnen arbeiten unbefristete De-facto-Leiharbeiter von Subunternehmen, deren Leistungen qua Werkvertrag eingekauft werden. Diese wiederum unterscheiden sich von befristet eingestellten Leiharbeitern der gleichen Werkvertrags-Unternehmen. Auf diese Weise ist eine eigentümliche Stabilität instabiler Beschäftigung entstanden. Um die Stammbeslegschaften von Endherstellern in der Autoindustrie gruppieren sich, konzentrischen Kreisen gleich, unterschiedliche Gruppen prekär Beschäftigter, deren Löhne, Sicherheits- und Arbeitsqualitätsstandards mit wachsender Entfernung von den Kernbelegschaften sinken. Vermittelt über den Druck fokaler Unternehmen, die die Lieferketten und Produktionsnetzwerke kontrollieren, über Ausgründungen und Tarifdumping wird die Kapitalmarktorientierung zum Treiber kurzfristiger Gewinnorientierungen. Prekäre, schlecht entlohnte und wenig anerkannte Arbeit lässt sich ausnutzen, um Extraprofite zu generieren. “ (...) (S. 169)

Zum Thema 'arbeitsfreie Zeit' bemerkt Dörre: „ (...) Hinzu kommt, dass arbeitsfreie Zeit keineswegs mit Zeitautonomie, mit individueller Verfügung über freie Zeit identisch ist, weil die Flexibilisierung der Erwerbsarbeit ohne geeignete Schutzmaßnahmen für die Arbeitenden Verwertungszwänge und Fremdbestimmung auf Zeitbudgets und Tätigkeiten jenseits bezahlter Lohnarbeit ausweitet.“

(...) (S. 188)

Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. erklärt: (...) „Zugleich basieren die SDGs auf genau dem Wirtschaftssystem, mit dessen zugrundeliegendem Wohlstands- und Wachstumsmodell die sogenannten höher entwickelten Länder die Weltgemeinschaft in die Umwelt- und Ressourcenkrise hineingeführt haben. Das SDG 8 fordert ein Wachstum des jährlichen Bruttoinlandsproduktes (BIP) von mindestens sieben Prozent in den am wenigsten entwickelten Ländern und ein weltweit erhöhtes Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum „entsprechend den nationalen Gegebenheiten“. Doch eine Studie, die für den (...)

UN Global Sustainable Development Report (GSDR) 2019 in Auftrag gegeben wurde, argumentiert, dass die heutige „dominante Wirtschaftstheorie“ nicht geeignet sei, die ökologische Krise zu beheben. Als Grund wird angegeben, dass sie fälschlicherweise auf der Annahme eines anhaltenden energetischen und materiellen Wachstums beruht. Das BIP ist laut dem GSDR als Gradmesser für Wohlstand ungeeignet, da es negative Ergebnisse, wie ökologische Folgekosten und irreversible Schäden von Ökosystemen, ignoriert. “ (...) (Siehe Link 1)

H. G.: 'menschenwürdige Arbeit' (auch Ziel SDG 8) wird an dieser Stelle nicht direkt thematisiert.

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. „Ziel 8 Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum. Großes Gewicht wird auf Fragen des nachhaltigen Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung gelegt. (...) Andere Zielvorgaben befassen sich mit menschenwürdigen Arbeitsplätzen, einer produktiven Vollbeschäftigung, der Beendigung von Zwangsarbeit, Sklaverei und Menschenhandel sowie dem Schutz der Arbeitsrechte. “ (...) (Siehe Link 2)

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. „Ziel 8 Unterziele Arbeit und Wirtschaft. Unterziel 3. (...) die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze (...). Unterziel 4. (...) die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung anstreben (...). Unterziel 5. (...) menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer (...) erreichen. Unterziel 8. Die Arbeitsrechte

schützen und sichere Arbeitsumgebungen für alle Arbeitnehmer fördern (...). “ (...) (Siehe Link 3)

H. G.: Eingangs wurde völlig zutreffend argumentiert: „Zugleich basieren die SDGs auf genau dem Wirtschaftssystem, mit dessen zugrundeliegendem Wohlstands- und Wachstumsmodell die sogenannten höher entwickelten Länder die Weltgemeinschaft in die Umwelt- und Ressourcenkrise hineingeführt haben.“ Diese Argumentation vervollständigend wird weiter richtigerweise ausgeführt: „dass die heutige „dominante Wirtschaftstheorie“ nicht geeignet sei, die ökologische Krise zu beheben.“ Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen hat für diese Kritik DANK verdient. Leider fehlte ihr an dieser Stelle das gesellschaftspolitische Bewusstsein dafür, dass diese **s y s t e m b e z o g e n e n Aussagen (diese Systemkritik) natürlich ebenso auf die soziale Krise - hier den Bereich der 'menschenwürdigen Arbeit' - zu übertragen sind (ist).**

Die SDGs erheben im Ziel 8 auch die strikte Forderung nach Realisierung der 'menschenwürdigen Arbeit'. Dies geschieht - wie generell bei allen 17 Nachhaltigkeitszielen - o h n e die entscheidende Frage zu stellen und zu thematisieren, o b es im Zwangssystem des globalen Kapitalismus, dem wesentlich und damit unumgebar die Komponenten: Konkurrenz, (exponentielles) Wachstum als Wachstumsimperativ, Profitmaximierung, Kapitalakkumulation, Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen - innewohnen, überhaupt möglich ist, dem Postulat der Herstellung der 'menschenwürdigen Arbeit' gerecht zu werden. Mit anderen Worten: Der gegenwärtige globale Kapitalismus als Herrschafts-/Machtform, Wirtschaftsweise, Gesellschaftsformation wird nicht in Frage gestellt, sondern als unumstößlich akzeptiert.

Das ist eine schwerwiegende und in die Irre führende Engführung in Bezug auf den Gesamtgegenstand der SDGs. Mit Blick auf die Komponente **W a c h s t u m formuliert der Ökologe Herman Daly, zitiert bei Jason Hickel Fn 21) wie folgt: „Ab einem bestimmten Punkt (...) wird das Wachstum mehr und mehr „unwirtschaftlich“: Es schafft zunehmend mehr „Schlechtstand“ als Wohlstand. (...) Das fortgesetzte Streben nach Wachstum in einkommensstarken Ländern verschärft die Ungleichheit und die politische Instabilität (...) u n d trägt zu Problemen bei wie etwa**

Stress und Depression infolge von Überarbeitung und Schlafmangel, schlechte Gesundheit wegen Umweltverschmutzung, Diabetes und Herzkrankheiten und so weiter.“ (...)

„Nicht jede Schaffung von Beschäftigung ist wünschenswert, da eine Beschäftigung nicht zwangsläufig eine sinnvolle Arbeit leistet. Am äußersten Rand des Spektrums befindet sich das, was der britische Anthropologe David Graeber als „Bullshit Jobs“ bezeichnet: „eine Form der bezahlten Beschäftigung, die so nutzlos, überflüssig oder schädlich ist, dass selbst der Beschäftigte ihre Existenz nicht rechtfertigen kann“. (...) Anhand zahlreicher Erfahrungsberichte entwickelt Graeber eine Typologie dieser „Vollzeitbetrüger“: (...) Analysten, die dafür bezahlt werden, Berichte zu schreiben, die niemand liest, Firmenanwälte, die nur existieren, weil es andere Firmenanwälte gibt (dieselbe Logik in der Werbeindustrie), Assistenten von Assistenten von Assistenten etc., sowie eine ganze Managerklasse, die ohne große nennenswerte Veränderungen morgen in der Gesellschaft verschwinden könnte.“ (David Graeber zitiert bei Timothée Parrique Fn 22))

Timothée Parrique Fn 23) selbst trägt vor: „Mehr als nur unnötig können einige Beschäftigungen makroökonomisch kontraproduktiv sein.“ (...) Das ist lt. Parrique auch dann der Fall, „wenn eine Beschäftigung unter so prekären Bedingungen erfolgt, dass sie den Einzelnen zerstört (Arbeitsunfälle, Muskel-Skelett-Erkrankungen, soziale Ausgrenzung, Burnout etc.), (...). Wozu soll es gut sein, Beschäftigungen für Essenslieferanten unter Bedingungen zu schaffen, unter denen diese ihre Gesundheit für eine magere Entlohnung und für eine meist unwesentliche Dienstleistung opfern? (...)

Die (oftmals erduldeten) Abhängigkeit von abhängiger Beschäftigung und die damit verbundene Pflicht, lebenslang Vollzeit zu arbeiten, ergibt sich aus einer spezifischen Wahl der Organisation der Wirtschaft: der Kommerzialisierung der Beschäftigung in einem kapitalistischen System mit einer neoliberalen Gouvernanz. (...)

Und vergessen wir nicht, dass das Ziel einer Volkswirtschaft darin besteht, mit den verfügbaren Ressourcen sparsam umzugehen, angefangen bei der Mühsal der Arbeit.“

H. G.: Die Äußerungen von Herman Daly, David Graeber und Timothée Parrique bezeichnen Zustände / Situationen / Beispiele, die mit 'menschenwürdiger Arbeit' kaum bis nicht zu vereinbaren sind.

Oxfam Deutschland - Deutschlands Defizite bei den Nachhaltigkeitszielen - 22. Januar 2026

„Erfolge bei Zielen für nachhaltige Entwicklung stehen auf der Kippe

Im jährlichen Bericht der Vereinten Nationen zum Fortschritt der Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) landet Deutschland regelmäßig auf den vorderen Plätzen. 2025 belegt Deutschland Platz vier von 167 bewerteten Staaten.

Ein Grund zur Selbstzufriedenheit ist das jedoch nicht. Deutschland hat zwar einige Fortschritte erzielt, das gute Abschneiden im internationalen Vergleich täuscht aber auch über gravierende Defizite hinweg - und viele Erfolge stehen nun wieder auf der Kippe.

In Deutschland sind in mehreren zentralen Bereichen der nachhaltigen Entwicklung besorgniserregende Trends zu beobachten. Rückschritte zeigen sich beispielsweise bei den Nachhaltigkeitszielen „Keine Armut“, „Weniger Ungleichheiten“, „Hochwertige Bildung“ und „Geschlechtergleichheit“. Auch beim Ziel „Partnerschaften zur Erreichung der Ziele“ besteht erheblicher Nachholbedarf.

Negativtrend beim Nachhaltigkeitsziel „Keine Armut“

Deutschland ist eines der wohlhabendsten Länder der Welt, gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist es die drittgrößte Volkswirtschaft. Doch dieser wirtschaftliche Reichtum kommt längst nicht bei allen Menschen an. Beim SDG „Keine Armut“ ist ein klarer Negativtrend erkennbar. Besonders alarmierend ist der Anstieg der Armutsrate nach Steuern und Transfers, also des Anteils der Bevölkerung, der mit weniger als der Hälfte des mittleren Einkommens auskommen muss. (...)

SGD „Weniger Ungleichheiten“ hat noch einen weiten Weg vor sich

(...) Problematisch ist vor allem die zunehmende Altersarmut. Der Anteil der Menschen ab 66 Jahren, deren Einkommen weniger als

die Hälfte des mittleren Haushaltseinkommens beträgt, liegt aktuell bei 14,1 Prozent - ein neuer Höchstwert. Das langfristige Ziel für diesen Indikator liegt bei 3,2 Prozent. (...) Auch wenn Deutschland bei globalen Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) im internationalen Vergleich gut dasteht, hat das Land bisher kein einziges der Ziele für nachhaltige Entwicklung erfüllt. (...) Deutschland droht das Erreichen der SDGs auszubremsen. (...)“ (Siehe Link 4)

H. G.: Oxfam Deutschland ('Oxfam vereint weltweit Menschen, die sich nicht damit abfinden wollen, dass es Armut und soziale Ungleichheit gibt') hat „Menschenwürdige Arbeit“ vorstehend nicht ausdrücklich zu den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen gerechnet, die durch 'gravierende Defizite / Rückschritte / Negativtrends' besonders auffällig sind. Das kann nicht bedeuten, dass beim Ziel „Menschenwürdige Arbeit“ 'die Welt in Ordnung ist'. Denn erstens wurde bei der Identifizierung der Bereiche der Rückschritte das Wort **b e i s p i e l s w e i s e** verwendet. Zweitens führt Oxfam aus, dass Deutschland **b i s h e r k e i n e i n z i g e s d e r Z i e l e f ü r n a c h h a l t i g e E n t w i c k l u n g e r f ü l l t**.

Bei Betrachtung des engeren Zusammenhangs zwischen den Zielen „Keine Armut“, „Menschenwürdige Arbeit“, „Weniger Ungleichheiten“ - und auch angesichts des Gesamtzusammenhangs aller Nachhaltigkeitsziele - wird deutlich und entscheidend/maßgeblich, welche negative Bedeutung und welche negativen Auswirkungen der globale Kapitalismus auf die Nachhaltigkeitsziele hat.

Jason Hickel (Fn 24) zeigt Charakter, Sinn und Zweck des kapitalistischen Systems aus seiner Sicht auf: „Während es Märkte seit vielen Tausend Jahren gegeben hat, in unterschiedlichen Zeiten und an unterschiedlichen Orten, ist der Kapitalismus vergleichsweise jung - nicht älter als rund 500 Jahre. (...) Das Charakteristische am Kapitalismus ist nicht, dass es Märkte gibt, sondern dass er um ewiges Wachstum herum organisiert ist; er ist tatsächlich das erste von innen heraus expansionistische Wirtschaftssystem der Geschichte. Er zieht ständig steigende Mengen an Natur und menschlicher Arbeit in die Kreisläufe der Warenproduktion hinein. Und weil es das Ziel des Kapitals ist, Gewinn zu entnehmen und Überschuss zu akkumulieren, muss es diese Dinge so billig wie

möglich bekommen. Mit anderen Worten funktioniert der Kapitalismus nach einer simplen, praktischen Formel: Nimm mehr - von der Natur und von der Arbeit -, als du zurückgibst.“ Jason Hickel weiter: „Es ist ein selbstverstärkender Kreislauf - eine sich ständig beschleunigende Tretmühle: Geld wird Profit wird noch mehr Geld wird noch mehr Profit. (...) Für Kapitalisten ist Profit nicht einfach nur Geld am Ende des Tages, um damit ein spezielles Bedürfnis zu befriedigen - der Profit wird zu K a p i t a l. Und Sinn und Zweck des Kapitals ist, dass es reinvestiert werden muss, um noch mehr Kapital zu erzeugen. Dieser Prozess hat kein Ende - er expandiert einfach immer weiter. (...) Er hat grundsätzlich nichts mehr mit irgendeiner Vorstellung von menschlichen Bedürfnissen zu tun. (...) Das Kapital ist (...) auf einem selbstreplizierenden Code aufgebaut, und wie ein Virus möchte es alles, was es berührt, in eine selbstreplizierende Replikation (Anm. H. G.: = Bildung einer exakten Kopie) seiner selbst verwandeln - in noch mehr Kapital. Das System wird zu einem Moloch (Anm. H. G.: = grausame Macht, die immer wieder neue Opfer fordert), zu einer nicht aufzuhaltenden Maschine, die auf unendliche Expansion programmiert worden ist.“

H. G.: Sozial gerechte, ökologisch sinnvolle und wirksame, der Menschlichkeit dienende globale Nachhaltigkeitsziele sind absolut erforderlich. Der globale Kapitalismus kann für solche Nachhaltigkeitsziele jedoch kein sicheres/stabiles Fundament sein. Der Kapitalismus ist der „Flugsand / Treibsand“ in dem solche Nachhaltigkeitsziele „verschluckt“ und letztlich „begraben“ werden.

Link 1

<https://nachhaltig-entwickeln.dgvn.de/meldung/die-sdgs-kein-gutes-leben-fuer-alle>

Link 2

<https://nachhaltig-entwickeln.dgvn.de/agenda-2030/ziele-fuer-nachhaltige-entwicklung/sdgs/#c21183>

Link 3

<https://nachhaltig-entwickeln.dgvn.de/agenda-2030/ziele-fuer-nachhaltige-entwicklung/sdgs/#ca25439>

Link 4

<https://www.oxfam.de/blog/sustainable-development-goals-deutschlands-defizite-nachhaltigkeitszieln>

XI. P a p s t F r a n z i s k u s

A l l g e m e i n e H i n f ü h r u n g

In seiner Enzyklika *Fratelli tutti* Fn 25) hat Papst Franziskus auch die Themen 'Würde des Menschen' und 'menschenwürdige Arbeit' angesprochen:

„ 20 Diese Aussonderung zeigt sich auf vielfältige Weise. Wie etwa in der Versessenheit, die Kosten der Arbeit zu reduzieren, ohne sich der schwerwiegenden Konsequenzen bewusst zu werden, die eine solche Maßnahme auslöst; denn die entstandene Arbeitslosigkeit führt direkt zu einer zunehmenden Verbreitung der Armut. (...) (...)“

21 Es gibt wirtschaftliche Regeln, die sich als wirksam für das Wachstum, aber nicht gleichermaßen für die Gesamtentwicklung des Menschen erweisen. (...) Der Reichtum wächst, aber auf ungleiche Weise, und so „entstehen neue Formen der Armut“. (...) (...)“

22 Oft stellt man fest, dass tatsächlich die Menschenrechte nicht für alle gleich gelten. Die Achtung dieser Rechte „ist ja die Vorbedingung für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. (...)“. (...) Doch „wenn man unsere gegenwärtigen Gesellschaften aufmerksam beobachtet, entdeckt man in der Tat zahlreiche Widersprüche, aufgrund derer wir uns fragen, ob die Gleichheit an Würde aller Menschen (...) wirklich unter allen Umständen anerkannt, geachtet, geschützt und gefördert wird. Es gibt heute in der Welt weiterhin zahlreiche Formen der Ungerechtigkeit, genährt von verkürzten anthropologischen Sichtweisen sowie von einem Wirtschaftsmodell, das auf dem Profit gründet und nicht davor zurückscheut, den Menschen auszubeuten, wegzuwerfen und sogar zu töten. (...)“. (...) (...) (Siehe hierzu auch Fn 26) und Fn 27))

23 Entsprechend sind die Gesellschaften auf der ganzen Erde noch lange nicht so organisiert, dass sie klar widerspiegeln, dass die Frauen genau die gleiche Würde und die gleichen Rechte haben wie die Männer. (...)“

24 Seien wir uns ebenso folgender Tatsache bewusst: „Obwohl die internationale Gesellschaft zahlreiche Abkommen getroffen hat mit dem Ziel, der Sklaverei in all ihrem Formen ein Ende zu setzen, (...) (...) werden noch heute Millionen Menschen - Kinder, Männer

und Frauen jeden Alters - ihrer Freiheit beraubt und gezwungen, unter Bedingungen zu leben, die denen der Sklaverei vergleichbar sind. (...) Heute wie gestern liegt an der Wurzel der Sklaverei ein Verständnis vom Menschen, das die Möglichkeit zulässt, ihn wie einen Gegenstand zu behandeln. (...) (...)“ (...) “

I m E i n z e l n e n / k o n k r e t T a g d e r A r b e i t

„Am Fest des heiligen Josefs des Arbeiters und am Tag der Arbeit hat Papst Franziskus mit Nachdruck betont, dass jeder Mensch ein Anrecht auf Arbeit und faire Behandlung habe. Jedes Unrecht, das einem arbeitenden Menschen angetan werde, bedeute, die Menschenwürde mit Füßen zu treten, auch die Würde derer, die Unrecht tun. (...) Franziskus: wenn man das Niveau beim Umgang mit Arbeitern senke, dann lande man in einer Spannung wie „zwischen Herrscher und Sklave“. (...)

Die Nicht-Würde von heute

Dies seien keine Ereignisse, die sich in der Ferne abspielten, erläuterte Papst Franziskus, denn selbst in unserer Nähe gebe es schlecht bezahlte Arbeitsplätze, ohne Sicherheit, ohne Rente. Dies sei „die Nicht-Würde von heute“ (...).

Papst Franziskus wies auf die Schönheit der Berufung des Menschen zur Arbeit hin: „Schaffen, erzeugen, arbeiten. Man kann arbeiten, wenn die Bedingungen stimmen und die Würde der Person respektiert wird.“ “ (Siehe Link 1)

1 0 9. I n t e r n a t i o n a l e A r b e i t s k o n f e r e n z (I L O)
„In seiner Ansprache dankte das Kirchenoberhaupt der Organisation für ihren Einsatz und die Zusammenarbeit mit der Kirche. Zugleich machte er (Franziskus) deutlich, dass für menschenwürdige Arbeit aller noch viel zu tun ist. (...) Ausführlich ging er auch auf die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie ein, die vielerorts die Wirtschaft geschwächt und die Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter verschlechtert habe. (...) Menschen am Rande der Gesellschaft würden als „Abfallprodukte“ angesehen und diskriminiert. Das müsse sich nun wirklich endlich ändern, so Papst Franziskus. „Lasst uns im Gegenteil Lösungen suchen, die helfen, eine neue Zukunft der Arbeit zu schaffen, die auf anständigen und würdigen Be-

dingungen basiert, die einer gemeinsamen Abmachung entspringen und die das Gemeinwohl fördern. Es braucht eine Basis, welche die Arbeit zu einem essentiellen Bestandteil unserer Fürsorge der Gesellschaft und der Schöpfung macht. In diesem Sinn ist die Arbeit wahrhaftig und im Wesentlichen menschlich. Darum geht es: dass Arbeit menschlich ist.“

Besonders betonte der Papst, dass das Ziel der Internationalen Arbeitsorganisation schon seit mehr als 100 Jahren sei, die Arbeitsbedingungen weltweit zu verbessern, besonders verletzte Menschen und alle Personen in prekären Situationen nicht zu vergessen und sich gerade auch für diese einzusetzen. Konkret nannte Franziskus hier etwa Migranten, Tagelöhner und Gelegenheitsjobber, denen Ausbildungen und Abschlüsse fehlen - kurz all jene, die „gefährliche, schmutzige und entwürdigende“ Arbeiten übernehmen.“ (Siehe Link 2)

Papst prangert Ausbeutung in der

Arbeitswelt an / Schluss mit Kinderarbeit

„Papst Franziskus hat (...) die Ausbeutung von Arbeitern in Bergbauminen und Fabriken angeprangert. (...) „Denken wir an jene, die ausgebeutet werden, die bei Arbeitsunfällen ums Leben kommen, an die Kinder, die zu Arbeit gezwungen sind, oder jene, die auf riesigen Müllhalden nach etwas suchen, das sie weiterverkaufen können“ (...). (...)

Wiederholt listete er (Franziskus) Situationen auf, in denen Menschen, meist ohne jegliche soziale Absicherung schwarzarbeiten müssten, etwa in Fabriken, in denen gefälschte Markenartikel oder Schmuggelware hergestellt werde. Ebenso beklagte er lang anhaltende Arbeitslosigkeit. (...)

„All diese Menschen sind unsere Schwestern und Brüder“, so Franziskus. (...) Der Papst bat (...) um ein kurzes Gebet „für diese verzweifelte Menschen, für jede Familie, jeden Jugendlichen, Frauen und Männer, die verzweifelt Arbeit suchen“. (...)

„Wenn wir den Menschen, den Männern und Frauen nicht die Gelegenheit geben, ihr Brot zu verdienen, ist das eine soziale Ungerechtigkeit“, so Franziskus.“ (Siehe Link 3)

Für ein Arbeiten in Würde / Audienz für Gewerkschafter

„Den Wert und die Würde des Arbeitens hat Papst Franziskus (...) betont. Bei einer Audienz für Gewerkschafter erklärte er: „Arbeiten erlaubt dem Menschen, sich selbst zu verwirklichen, soziale Freundschaften zu pflegen und die Welt zu verbessern“. (...)

„Wir leben in einer Epoche, die - trotz der technologischen Fortschritte und manchmal gerade wegen dieses perversen Systems, das sich Technokratie nennt - die Erwartungen teilweise enttäuscht hat, was Gerechtigkeit in der Arbeitswelt betrifft.“ Dabei gehöre Arbeit entscheidend zum Kitt einer Gesellschaft, erst recht einer Demokratie: In den Fabriken und Büros entstehe das „soziale Gewebe“, das eine Gesellschaft ausmache. „Von unten her“ - dieser Hinweis war dem Papst wichtig. (...)

Mit Verve klagte er Fehlentwicklungen in der Arbeitswelt an: „Warum verdient eine Frau weniger als ein Mann? Warum wird Frauen gekündigt, sobald sie schwanger werden? Warum müssen junge Leute ihre wesentlichen Lebensentscheidungen immer wieder aufschieben, weil sie nur an prekäre Arbeitsverträge kommen? Warum hapert es noch so bei der Sicherheit am Arbeitsplatz? Und allzu viele Menschen leiden darunter, dass sie keine Arbeit oder keine würdige Arbeit haben...“ (...)

Mit Sorge kommentierte er das Phänomen, dass viele Menschen, obwohl sie arbeiten, mit dem Geld nicht über die Runden kommen. (...) “ (Siehe Link 4)

**Franziskus gegen „fiebriges Arbeiten“
und „Arbeit, die erdrückt“**

(...) „Erneut beklagte er (...) mangelnde Sicherheitsvorkehrungen am Arbeitsplatz, die auch Tote fordern.

Wenn Arbeit krank macht

Franziskus verurteilte ebenso Stress, Druck und Überarbeitung, um immer mehr und immer schneller zu produzieren: „Die fieberhafte Hektik, die heute am Arbeitsplatz herrscht, wo die Zeit nie genug zu sein scheint und die Produktivitätszwänge immer anspruchsvoller und erdrückender werden.“ Während auf der einen Seite Arbeit fehle, erdrücke sie auf der anderen. Der Papst warnte vor „Stress, der Angst verursacht“ und einem Mangel an menschlichen Beziehungen, „die zunehmend im Namen des Profits um jeden Preis geopfert werden.“ Auch Schwarzarbeit und Ausbeuterei verurteilte

das Kirchenoberhaupt erneut scharf als „entmenslichte Arbeit“. Technische Neuerungen wie Künstliche Intelligenz und Roboter drohten zudem, die Menschen vollständig zu ersetzen. „Sich um andere zu kümmern, ist der beste Weg, sich nicht um unnütze Dinge zu kümmern.“ (...) “ (Siehe Link 5)

Link 1 / 1. Mai 2020

<https://www.vaticannews.va/de/papst-franziskus/santa-marta-messe/2020-05/santa-marta-arbeit-josef-heilig-wuerde-ungerechtigkeit-sklave.html>

Link 2 / 17. Juni 2021

<https://www.vaticannews.va/de/papst/news/2021-06/papst-franziskus-videobotschaft-ilo-arbeit-menschlich.html>

Link 3 / 12.1.2022

<https://www.domradio.de/artikel/schluss-mit-kinderarbeit-papst-prangert-ausbeutung-der-arbeitswelt>

Link 4 / 19. Dezember 2022

<https://www.vaticannews.va/de/papst/news/2022-12/papst-franziskus-arbeit-gewerkschaft-wuerde-ausbeutung-cgil.html>

Link 5 / 13. Dezember 2023

<https://www.vaticannews.va/de/papst/news/2023-12/papst-arbeit-muss-menschlich-sein.html>

P a p s t F r a n z i s k u s - D i e E s s e n z

(aus Sicht des Verfassers H. G. - ' HOFFE ')

(...) „Alles ist miteinander verbunden: ein perverses System falschen Fortschritts; die Entwaldung, die auf widersinnige, ja kriminelle Weise voranschreitet und uns Jahr für Jahr Urwälder von der Größe Belgiens kostet; die Zerstörung ganzer Ökosysteme, der Angriff auf die Biodiversität, die nicht genehmigten Bauprojekte... Damit gelangen wir an einen Punkt, den die Wissenschaft mittlerweile für unstrittig hält: In den zerstörten Habitaten finden sich unzählige Viren, die den Menschen infizieren können. Es handelt sich hier nicht um zwei verschiedene Krisen, eine ökologische und eine soziale. Wir haben es mit einer höchst komplexen sozio-ökologischen Krise zu tun, die schnell in eine gesundheitliche Tragödie umschlagen kann. Den Ausgeschlossenen ihre Würde zurückzuge-

ben, Armut und Ausbeutung zu bekämpfen, die Umwelt zu schützen und damit unser Leben - das sind keine getrennten und schon gar keine widersprüchlichen Anforderungen. Sie müssen vielmehr zu einem ganzheitlichen Ansatz führen, der - wie mittlerweile klar sein sollte - unumgänglich ist. (...) “ Fn 28)

XII. P a p s t L e o XIV.

In seiner Enzyklika zum Themenkreis Künstliche Intelligenz (KI) Fn 29) bezieht Papst Leo XIV. auch Stellung zu 'Die Würde der Arbeit im digitalen Wandel' - Der Wert der Arbeit - .

„ 148. Seit den Anfängen der Soziallehre, mit Rerum novarum, hat die Kirche auf den Schutz der Arbeitnehmer und die Notwendigkeit hingewiesen, alle Formen der Ausbeutung zu bekämpfen. Vor allem aber hat das Lehramt in der Arbeit „de(n) wesentliche(n) Schlüssel“ (...) zum Verständnis der gesamten sozialen Frage erkannt, weil der Mensch durch sie viele Dimensionen seines Lebens entfaltet. (...)

149. Aus diesen Gründen ist Arbeit nicht bloß ein Mittel, sondern sie bringt die Würde unseres Lebens zum Ausdruck und stärkt sie. Sie ist ein der menschlichen Natur eingeschriebenes Bedürfnis, ein ordentlicher Weg zur persönlichen Reife, Entwicklung und Erfüllung. (...)

150. Das Zusammenspiel von Automatisierung, Robotik und KI verändert heute in rasantem Tempo die Struktur der Arbeit selbst. Dies, so heißt es, werde zu erheblichen Verbesserungen für alle führen. In Wirklichkeit sind die „neuen Arbeitsweisen“ jedoch nicht unbedingt besser, denn „während die KI (...) verspricht, die Produktivität zu steigern, indem sie gewöhnliche Aufgaben übernimmt, sind die Arbeitnehmer oft gezwungen, sich an die Geschwindigkeit und die Anforderungen der Automation anzupassen, anstatt dass Letztere so konzipiert sein sollten, dass sie den Arbeitenden helfen. Deshalb können, im Gegensatz zu den beworbenen Vorteilen der KI, die derzeitigen technologischen Ansätze paradoxerweise dazu führen, dass Arbeitnehmer dequalifiziert, einer automatischen Überwachung unterworfen und auf starre und sich wiederholende Aufgaben festgelegt werden. Die Notwendigkeit, mit dem Tempo

der Technologie Schritt zu halten, kann das Gespür der Arbeitnehmer für ihre eigene Handlungsfähigkeit untergraben und die innovativen Fähigkeiten, die sie in ihre Arbeit einbringen sollen, ersticken.“ (...) Gerade um diesen Abweg zu vermeiden, ist es nötig, Systeme zu entwickeln, die den Menschen in den Mittelpunkt stellen und nicht nur auf Leistung oder Produktivität ausgerichtet sind. (...)

151.(...) Johannes Paul II. erinnerte daran, dass Arbeitslosigkeit ein schwerwiegendes Übel ist und sie, insbesondere wenn sie ein massives Ausmaß annimmt, zu einem wahren sozialen Unheil werden kann, das die Verantwortung des Staates in besonderer Weise herausfordert. (...) Heute, in der „vierten industriellen Revolution“, wird diese Sorge noch akuter, da der Innovation oft nur im Hinblick auf Kostensenkung und Gewinnsteigerung nachgegangen wird. (...) Für manche Bereiche ist realistischerweise ein erheblicher und rascher Rückgang der verfügbaren Arbeitsplätze zu befürchten, mit einem Dominoeffekt, der Familien, junge Menschen und die lokale Wirtschaft tiefgreifend beeinträchtigt. In vielen Sektoren führt dies bereits zu neuen Formen der Prekarität und Ungleichheit, mit sehr großzügigen Vergütungen für eine hochspezialisierte Minderheit und zunehmend sinkenden Löhnen für einen großen Teil der erwerbstätigen Bevölkerung.

152. Es ist sicherlich wünschenswert, dass die Technologie den Menschen von einigen besonders beschwerlichen, monotonen oder gefährlichen Tätigkeiten entlastet und die menschliche Tätigkeit auf intelligente Weise unterstützt, doch müssen der Schutz der Arbeitsplätze und die unersetzliche Rolle des Menschen die allgemeine Regel bleiben. Das Streben nach höheren Gewinnen kann keine Entscheidungen rechtfertigen, die systematisch Arbeitsplätze opfern, weil der Mensch Ziel und nicht Mittel ist, und die Wirtschaftsordnung seiner Würde und dem Gemeinwohl untergeordnet bleiben muss. “

H. G.: Hinsichtlich des Beziehungsrahmens KI und Würde der menschlichen Arbeit - Wert der menschlichen Arbeit ist die Auffassung/Ansicht und Bewertung von Papst Leo XIV. getragen von ausgezeichneter Sachkenntnis und echter Empathie für die Menschen. Leo XIV. nimmt die Position eines Fürsprechers ein, der

durchdrungen ist von der Sache der Sozialen Gerechtigkeit und des Gemeinwohls. Prekarität, Ungleichheit, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit sind für ihn nicht hinnehmbar. Deshalb bekämpft er diese Zustände. Die Politik ist aufgefordert, sich mit dieser Enzyklika im Interesse der Menschen verantwortungsvoll auseinanderzusetzen. Für eine menschendienliche Politik ist diese Enzyklika eine maßgebliche Richtschnur. Sie ist selbstverständlich adressiert an 'alle Menschen guten Willens'.

An dieser Stelle darf ich abschließend auf eine Publikation des Philosophen und Mathematikers Rainer Mühlhoff mit dem Titel „Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus“ hinweisen. Rainer Mühlhoff befasst sich in dieser Publikation u.a. mit 'KI für den „Bürokratieabbau“ ?'. Fn 30)

„Die fiktive Gegenüberstellung der als „regelbasiert“ und „erfahrungsbasiert“ bezeichneten Arbeitsweisen eines Verwaltungsorgans birgt einige wichtige Erkenntnisse:

Erstens lässt sich daran der Unterschied zwischen einem repräsentativen und einem probabilistischen Verständnis von Wissen und Wahrheit erläutern:

Dem repräsentativen Ansatz geht es darum, die objektiven Tatsachen über den Einzelfall zu ermitteln, auf deren Grundlage dann eine begründete Einzelfallentscheidung getroffen werden kann, die dem Fall gerecht werden soll. Dem probabilistischen Verständnis geht es um effiziente Performance in dem Sinne, dass in einer Situation des unvollständigen Wissens Entscheidungen so getroffen werden, dass bei aggregierter Betrachtung insgesamt kostensparend verfahren wird. Dabei wird die Tatsache vernachlässigt, dass dieser Ansatz leicht zu Lasten von marginalisierten Personengruppen gehen kann, die über schlechtere Ressourcen des Rechtsschutzes verfügen oder untypische Fälle darstellen, die im Erfahrungsschatz der Entscheider:innen selten vorkommen und daher in der Logik der Mustererkennung häufiger falsch behandelt werden.

Zweitens lässt sich durch die Gegenüberstellung veranschaulichen, was dabei herauskommen würde, wenn KI unreflektiert zum 'Bürokratieabbau' im Verwaltungswesen eingesetzt wird: Man würde die erfahrungsbasierte Arbeitsweise natürlich nicht real mit ei-

nem Team aus Mitarbeitenden umsetzen - sondern das gesamte Team der Sachbearbeiter:innen würde durch ein Machine-Learning-System ersetzt werden, das auf Grundlage seiner Trainingsdaten probabilistisch entscheidet, nämlich im Sinne der jeweils besten Wette auf die einzelnen Fälle. Als einsam verbleibende Abteilungsleiter:in würden wir dafür sorgen, dass das KI-System auf einer Datenbank, die alle bisherigen Fälle gesammelt hat, trainiert wird (dieses Training entspricht in der Analogie des Gedankenexperiments dem Ansammeln von Erfahrung durch die Mitarbeitenden über die Jahre). Die Sanktion des KI-Systems bei einer 'schlechten' Entscheidung, also einer Entscheidung, die nachgelagert korrigiert werden muss, würde nicht finanziell, sondern im Sinne des sogenannten „reinforcement learning“ erfolgen, das darin besteht, dass die Ergebnisse von Widerspruchs- und Klageverfahren laufend als Trainingsdaten an das System zurückgespielt werden, damit es seine Erfahrungsbasis ständig erweitert. (...)

Beim Design solcher Feedbackschleifen zur Bestärkung/Sanktionierung sind immer bestimmte Optimierungsgrößen, also normative Erwägungen, im Spiel (...). Diese Größen sind grundsätzlich numerischer und oft ökonomischer Natur, etwa: Je höher die Folgekosten für einen Rechtsstreit sind, desto stärker soll die Entscheidung des Systems sanktioniert werden; erfolgreich angeordnete Sperrfristen dagegen führen zu einem positiven Reinforcement, da sie ja eine Kostenersparnis bedeuten.

Entscheidend an dieser (...) Überlegung ist also die Tatsache, dass die erfahrungsbasierte Vorgehensweise nicht auf Wahrheitsfindung über jeden einzelnen Fall, sondern auf bedingten Wahrscheinlichkeiten beruht, deren Genauigkeit hinsichtlich aggregierter Zielgrößen nach dem Interesse der Betreiber optimiert wird. (...)

Wahrheit stellt hier (...) (...) einen prozeduralen, keinen absoluten Wert dar: Es geht darum, möglichst viele der Fälle möglichst kostensparend zu „befrieden“ - also auf der Grundlage unvollständiger Informationen so zu entscheiden, dass es möglichst selten zu einem Widerspruch kommt und zugleich versicherungswidriges Verhalten sanktioniert wird. “ (...)

**B e i s p i e l e: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge /
Bundesagentur für Arbeit**

„Dort ist (...) das Potential für gravierende Schäden für die Betroffenen besonders hoch, da man es in diesen Bereichen mit Menschen zu tun hat, die sich meist nicht wehren können. (...)“

Zugleich existiert ein erheblicher politischer Druck, KI-Systeme (...) umfassender für Verwaltungsvorgänge einzuführen; dieser Druck speist sich nicht nur aus den allgegenwärtigen Forderungen nach Modernisierung und Bürokratieabbau, sondern nicht zuletzt auch daraus, dass probabilistische Entscheidungsverfahren in der Privatwirtschaft längst gang und gäbe sind. “

H. G.: Der vorstehend beschriebene p r o b a b i l i s t i s c h e Ansatz im Verwaltungswesen/der Arbeitsweisen eines Verwaltungsorgans hat als Ziel die Kostenersparnis ' um jeden Preis '. Es geht um einseitiges, reduziertes/verengtes „ökonomisches“ Denken. Dieses Denken unterspült hier die Fundamente der Rechtsstaatlichkeit und ist damit und insoweit nicht verfassungskonform und letztlich d e m o k r a t i e w i d r i g. Insoweit vollzieht sich ein beabsichtigt verschleierter Wandel von Strukturen der Demokratie hin zu Strukturen der Plutokratie. Dies ist objektiv auch ein Projekt des Neoliberalismus = marktextremistischer Kapitalismus - übertragen in die öffentliche Verwaltung. Die Mitarbeitenden im Verwaltungswesen, die zur Durchführung dieses probabilistischen Ansatzes bestimmt und letztlich gezwungen sind - können hier systemisch keine 'menschenwürdige Arbeit' leisten.

A b s c h l u s s

„Wer baute das siebentorige Theben?

In den Büchern stehen die Namen von Königen.

Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?

Und das mehrmals zerstörte Babylon -

Wer baute es so viele Male auf? In welchen Häusern

Des goldstrahlenden Lima wohnten die Bauleute?

**Wohin gingen an dem Abend, wo die Chinesische Mauer
fertig war**

Die Maurer?

Das große Rom Ist voll von Triumphbögen.

Wer errichtete sie?“

(Auszug aus 'Fragen eines lesenden Arbeiters', Bertolt Brecht)

<https://www.lfs-koeln.de/wp-content/uploads/2020/09/Bertolt-Brecht.pdf>

**„Ihr habt euch Schätze gesammelt in diesen letzten Tagen!
Siehe, der Lohn der Arbeiter, die euer Land abgeerntet haben,
den ihr ihnen vorenthalten habt, der schreit, und das Rufen
der Schnitter ist gekommen vor die Ohren des Herrn Zebaoth.
Ihr habt geschlemmt auf Erden und geprasst und eure Herzen
gemästet am Schlachtttag. Ihr habt den Gerechten verurteilt
und getötet, und er hat euch nicht widerstanden.“**

**(Auszug aus dem 'Brief des Jakobus' 5, 3 - 6 / Lutherbibel,
Deutsche Bibelgesellschaft, 1999, Stuttgart, S. 277 N T)**

21. September 2026

Fußnoten (Fn):

1)

Patrick Schreiner / Kai Eicker-Wolf

**Wirtschaftsmärchen Hundertundeine Legende über Ökonomie,
Arbeit und Soziales, PapyRossa Verlag, 2. Auflage 2024, S. 11 ff.**

2)

Patrick Schreiner / Kai Eicker-Wolf

Wirtschaftsmärchen ..., PapyRossa-Verlag, 2. Auflage 2024, S. 22 ff.

3)

Michael Kittner

**Arbeitskampf Geschichte - Recht - Gegenwart, Verlag C.H. Beck,
2005**

4)

David Harvey

Marx´ „Grundrisse“ lesen

VSA: Verlag Hamburg, 2026 (David Harvey 2023)

**(Das diesbezügliche Werk von Karl Marx trägt den Titel:
Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (1857 / 1858)**

**Dieses Werk wurde erst im Jahre 1939 publiziert und umfasst in
der deutschen Ausgabe mehr als 1100 Seiten.**

**(Vgl. Karl Marx Texte Schriften Ausgewählt, eingeleitet und
kommentiert von Bruno Kern, marixverlag, 2015, S. 209, 210))**

5)

[https://www.oekumenisches-netz.de/wp-](https://www.oekumenisches-netz.de/wp-content/uploads/2015/03/Vom-Arbeitshaus..._Langversion_Webseite.pdf)

[content/uploads/2015/03/Vom-](https://www.oekumenisches-netz.de/wp-content/uploads/2015/03/Vom-Arbeitshaus..._Langversion_Webseite.pdf)

[Arbeitshaus... Langversion Webseite.pdf](https://www.oekumenisches-netz.de/wp-content/uploads/2015/03/Vom-Arbeitshaus..._Langversion_Webseite.pdf)

**(Dieser Literaturhinweis findet sich auch in: Dominic Kloos
Gesellschaftskritik und Theologie AJZ-Verlag, 1. Auflage,
August 2025, S. 111 - Salz, G. (2013))**

**Günther Salz, *1950, Sozialarbeiter (FH) und Diplom-Pädagoge,
Buchautor (u.a. Armut durch Reichtum. Soziale Brennpunkte als
Erbe der Sozialen Frage, Lambertus-Verlag /**

**Das Ganze verändern. Beiträge zur Überwindung des Kapitalismus
(Autoren: Kuno Füssel/Günther Salz/Helmut Gelhardt) - Verlag BoD)
Ehemaliger Geschäftsführer der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in
Rheinland-Pfalz**

Ehemaliger Vorsitzender der KAB in der Diözese Trier

Ehemaliges Mitglied im Bundesvorstand der KAB Deutschlands

Mitglied der Projektgruppe ' Kapitalismus verstehen und

überwinden ' der KAB Deutschlands

6)

**Hamza Hamouchene, algerischer Forscher, Autor, Gründungsmit-
glied des Nordafrikanischen Netzwerks für Ernährungssouveränität
in Grüner Kolonialismus Zwischen Energiewende und
globaler Gerechtigkeit**

oekom verlag, 2025, S. 70 ff. (70, 72, 75, 76)

7)

Rachmi Hertani, indonesische Rechtsanwältin. Insbesondere Konzentration auf gerechte Handelspolitik. Ehemalige geschäftsführende Direktorin von Indonesia for Global Justice. Forscherin am Transnational Institute (TNI)

in Grüner Kolonialismus Zwischen Energiewende und globaler Gerechtigkeit

oekom verlag, 2025, S. 31 und S. 179 ff. (184 - 188)

8)

Reyes Luis Gonzales, spanischer Umwelt-, Bildungs- und Wirtschaftsaktivist mit einem Doktor in Chemie. Er ist Mitglied von Ecologistas en Accion. Verantwortlich für die Umwelterziehung an der FUHEM. Autor mehrerer Bücher.

in Grüner Kolonialismus Zwischen Energiewende und globaler Gerechtigkeit

oekom verlag, 2025, S. 260 ff. (260, 266 – 271)

9) und 10)

Siehe Seite 330 und Seite 326 (Glossar)

in Grüner Kolonialismus ...

oekom verlag, 2025

11)

Miriam Lang - Professorin für Umwelt und Nachhaltigkeit, Ecuador /

Alberto Acosta - ecuadorianischer Wirtschaftswissenschaftler /

Esperanza Martinez - ecuadorianische Juristin und Biologin

Gegen die ewigen Schulden des Südens

in Grüner Kolonialismus ...

oekom verlag, 2025, S. 134/135

12)

Wie zu 11) - S. 139/140

63

13)

Zo Randriamaro - Forscherin aus Madagaska mit Expertise u.a. in den Bereichen Entwicklungssoziologie und Global Governance

Ökofeministische Perspektiven aus Afrika

in Grüner Kolonialismus ...

oekom verlag, 2025, S. 233/234 und 242 (dort Anmerkung 11)

14)

Farida Akhter - ist eine der Gründerinnen von UBINIG, einer NGO in Bangladesch, die eine der größten Saatgutbanken der Welt aufgebaut hat. Forscherin in den Bereichen Landwirtschaft, Meeresfischerei und Entwicklung

Nayakrishi Andolon: Alternativen zum konzerngesteuerten, westlichen Agrar- und Ernährungssystem in Bangladesch

in Grüner Kolonialismus ...

oekom verlag, 2025, S. 274

15)

[https://www.oekumenisches-netz.de/wp-](https://www.oekumenisches-netz.de/wp-content/uploads/2023/01/Solidaritaet-mit-dem-Globalen-Sueden.pdf)

[content/uploads/2023/01/Solidaritaet-mit-dem-Globalen-Sueden.pdf](https://www.oekumenisches-netz.de/wp-content/uploads/2023/01/Solidaritaet-mit-dem-Globalen-Sueden.pdf)

(Leserbrief von Helmut Gelhardt in der Rhein-Zeitung vom 3.1.2023

- überregionale Leserbriefseite - zum deutschen Lieferkettengesetz)

16)

<https://www.kab-trier.de/arbeit/kapitalismuskritik/lieferkettengesetz>

(Leserbrief von Helmut Gelhardt in der Rhein-Zeitung vom

10.12.2025 - überregionale Leserbriefseite - zum EU-Lieferkettengesetz)

17)

Heinz-J. Bontrup, pensionierter Professor für Wirtschaftswissenschaft, in Sozialismus.de, Heft 7/8-2026, S. 60 ff.

18)

Kuno Füssel, Günther Salz, Helmut Gelhardt

Das Ganze verändern - Beiträge zur Überwindung des Kapitalismus

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung in der Diözese Trier (Hrsg.), BoD, Norderstedt, 2016

19)

Katja Wagner / Maximilian Hauer / Maria Neuhauss

Klima und Kapitalismus - Plädoyer für einen ökologischen Sozialismus

Schmetterling Verlag - theorie.org, 1. Auflage 2025, S. 49

„Für die Kapitalist:innen ist die Produktion von Gebrauchswerten „bloßer Vorwand für die Plusmacherei“ (MEW 23: 278). Doch anders als in vorkapitalistischen Klassengesellschaften werden die unmittelbaren Produzent:innen im Kapitalismus während der Produktion und nicht erst nachträglich um das Mehrprodukt gebracht. Dies ist nicht unmittelbar sichtbar - schließlich gehen die Arbeiter:innen den Arbeitsvertrag formal freiwillig und gegen einen Lohn ein. Das „Geheimnis der Plusmacherei“(...) liegt im einzigartigen Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft: bei ihrem Verbrauch entsteht mehr Wert, als sie im Einkauf kostet. Mit dem Lohn werden die Arbeiter:innen nur zum Schein für das bezahlt, was sie produzieren; tatsächlich deckt der Lohn lediglich den Erhalt ihrer Arbeitskraft ab. Sie arbeiten einen Teil des Tages für sich (notwendige Arbeit), einen anderen Teil für die Kapitalist:innen (Mehrarbeit), ohne zu sehen, wo die Grenze zwischen beiden Zeiträumen verläuft. Marx nennt die Aneignung dieser Wertdifferenz Ausbeutung. Diese ist nicht skandalöse Ausnahme, sondern Geschäftsgrundlage der kapitalistischen Klassengesellschaft.

Für die Kapitalist:innen dreht sich alles darum, diese Wertdifferenz zu erhöhen und möglichst viel Mehrarbeit aus ihren Arbeiter:innen zu saugen. Sie gestalten den Produktionsprozess diesem Zweck entsprechend, was den vitalen Interessen der Arbeiter:innen an Gesundheit und Wohlstand, Mußzeit und Selbstbestimmung zuwiderläuft (...). Somit ist es der Produktionsprozess selbst, der im Kapitalismus antagonistischen Charakter annimmt. Er wird

zu einem wichtigen Austragungsort von Kämpfen um die Länge und Intensität der Arbeit, die eingesetzten Arbeitsmittel und Technologien, Disziplinierung und Kontrolle der Arbeitenden (...) (...). “

20)

Klaus Dörre

**Die Utopie des Sozialismus - Kompass für eine
Nachhaltigkeitsrevolution**

**MSB Matthes & Seitz Berlin Verlagsgesellschaft mbH,
Erste Auflage Berlin 2021**

21)

Jason Hickel (Wirtschaftsanthropologe)

**Weniger ist mehr - Warum der Kapitalismus den Planeten
zerstört und wir ohne Wachstum glücklicher sind**

oekom verlag, München, 2. Auflage 2022 (S. 206 - Herman Daly)

22)

Timothée Parrique (Ökonom)

**Wachstum bremsen oder untergehen - Wie wir mit Degrowth
die Welt retten**

S. Fischer Verlag GmbH, 2024 (S. 160/161 - David Graeber)

23)

Timothée Parrique

Wachstum bremsen oder untergehen

2024 (S. 162 – 165)

24)

Jason Hickel

Weniger ist mehr

2. Auflage 2022 (S. 56 und 106/107)

25)

Papst Franziskus

**Fratelli tutti Über die Geschwisterlichkeit
und die soziale Freundschaft - Enzyklika -**

Verlag Herder, Freiburg im Breisgau, 2020 (S. 30 - 34)

26)

Thomas Kuczynski

Kommandierte Arbeit

**Zur Unterordnung der Arbeit unter das Kapital einst und heute
in Sozialismus.de extra /5-2018, S. 20 - 23 (hier: 20, 22)**

„Ein ganz wesentliches Charakteristikum des Kapitalismus ist die Unterordnung (Subsumtion) der Arbeit unter das Kapital, demzufolge des Arbeiters unter den Kapitalisten, (...) denn es sind die Anweisungen des letzteren, denen der erstere zu folgen und unter dessen Kontrolle und Kommando er zu arbeiten hat. (...)

Was Marx Hausarbeit nennt und später Heimarbeit genannt wurde, wird heute als Arbeit im „Home-Office“ bezeichnet. (...) sie erweckt den Anschein, dass die Arbeitskräfte ihre Arbeit selbst organisieren, ihre Arbeitszeit selbst bestimmen, auch die Bedingungen, unter denen sie - teilweise mit ihnen selbst gehörenden Produktionsmitteln (wie z. B. Computern) - zu Hause arbeiten usw. (...). In Bezug auf die Möglichkeiten der Selbstorganisation ihrer Arbeit geht es ihnen anscheinend sehr viel besser als denen, die in der Firma ihre Berufstätigkeit zu festgelegten Zeiten vollziehen. Aber die „Unselbständigen“ haben ein Anrecht auf die vom Gesetzgeber vorgeschriebenen elf Stunden ununterbrochen arbeitsfreier Ruhezeit; die in vielen Unternehmen gewünschte permanente Erreichbarkeit der Beschäftigten widerspricht dem (...) und kann, zumindest theoretisch, vonseiten der Gewerkschaften und Betriebsräte unterbunden werden. Die im „Home-Office“ Arbeitenden jedoch müssen, wie in frühkapitalistischen Zeiten, unter den mörderischen Bedingungen von Angebot und Nachfrage für ihre Auftraggeber stets verfügbar und zur Arbeit bereit sein, weil der Auftrag sonst an die Konkurrenz ginge. Der vom Kapital angestrebte Idealzustand, dass die Lebenszeit „seiner Arbeiter“ sich vollständig in Arbeitszeit verwandelt - hier wird er sukzessive erreicht, sogar mit dem Einverständnis der

scheinbar ganz freiwillig nur sich selbst Ausbeutenden. (...)

Was am Beispiel der Arbeit im „Home-Office“ illustriert worden ist, gilt heutzutage ebenso für Arbeiten in neugegründeten kleineren Firmen, die ursprünglich Abteilungen in Großbetrieben waren und auf dem Wege des sogenannten Outsourcing in eine gewisse Selbständigkeit entlassen werden. In solchen Firmen sind die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten häufig viel schlechter, da das Ableisten von Überstunden („im Interesse des Fortbestands der neugegründeten Firma“) zum Alltag gehört, tarifliche Bindungen einfacher umgangen werden können, keine Betriebsräte gebildet werden müssen usw. So kehrt die Produktion von absolutem Mehrwert auf dem Wege der maßlosen Verlängerung des Arbeitstages zurück und feiert neue Triumphe. Und in vielen Fällen erweisen sich die Ausgründungen auch und gerade für die ursprünglichen „Mutterbetriebe“ als höchst profitabel, nämlich dann, wenn die letzteren die von den ersteren billiger hergestellten Produkte und Leistungen kaufen, um auf diese Weise selber billiger produzieren zu können. Hinzu kommt, dass auf diese Weise in den Großbetrieben die Beschäftigten sehr viel besser unter Druck gesetzt werden können, „im Interesse der Sicherung ihrer Arbeitsplätze“ der Übernahme von zunächst in Ausgründungen eingeführten Arbeitsbedingungen zuzustimmen. (...) “

K u n o F ü s s e l

Hommage an Karl Marx

Warum und wie sollen auch Christen sich mit ihm beschäftigen?

in Sozialismus.de extra /5-2018, S. 42 - 48 (hier: 45, 46, 48)

„Es gibt also unter dem Diktat des Kapitalfetischs im Regelwerk des Kapitalismus eine Fortpflanzung des Fetischcharakters, beginnend bei der Ware. Dieser verwandelt die lebendige Arbeit in Lohnarbeit und die Produktionsmittel über die Eigentumsverhältnisse in Kapital, das dann seinen Zenit erreicht im Finanzkapital als der reinsten und auch heute bedeutendsten Form des Kapitalfetischs, in dem er sich zugleich radikalisiert, wie die permanenten Finanzkrisen beweisen. Es ist also nicht verwunderlich, dass die Kapitalismuskritik von Papst Franziskus in der Kritik des Geldfetischismus ihren Schwerpunkt hat.

Der primäre Effekt des Fetischismus besteht darin, dass die Warenwelt eine eigene, von den Produzenten nicht beabsichtigte Gesetzmäßigkeit entfaltet, ein Sachverhalt, der in der verschleiern Sprache der herrschenden Ideologie als „Systemrationalität“ bezeichnet wird.

Der Trick besteht darin, durch menschliches Handeln steuerbaren sozialen, politischen und wirtschaftlichen Prozessen die Qualität von Naturgesetzen anzudichten. Anders liegt seit vielen Jahren die Problematik der irreversiblen Zerstörung der Biosphäre und der Folgen von Katastrophen der Atomindustrie. Hier könnte der Begriff Sachzwang erstmals hilfreich sein: Angesichts der Gefahr unseres Untergangs sind wir gezwungen, anders zu handeln, als uns die Kapitallogik aufdrängen will.

Dass die Sachzwänge aber fortwährend die politische Gestalt einer herrschaftsförmigen Gesellschaft annehmen, die das freie gesellschaftliche Individuum verhindert, hat Marx schon viel früher in den „Grundrissen“ dargelegt: „Die gesellschaftliche Beziehung der Individuen aufeinander als verselbständigte Macht über den Individuen, werde sie nun vorgestellt als Naturmacht, Zufall oder in sonst beliebiger Form, ist notwendiges Resultat dessen, dass der Ausgangspunkt nicht das freie gesellschaftliche Individuum ist.“ (MEW 42: 111)

Marx unterstreicht im „Kapital“ fortwährend, wie sehr das Kapitalverhältnis eine besondere Form der Knechtschaft, also einer Vermittlung zwischen Herrschenden und Beherrschten ist, die deswegen funktioniert, weil sie eine besondere Form der gesellschaftlichen Synthesis ist, ohne die kein Zusammenleben funktioniert.(...) Arbeiter und Kapitalist sind beide auf ihre Weise gezwungen, den anderen gemäß dem Zwangsverhältnis zu (re)produzieren. „Der Arbeiter selbst produziert daher beständig den objektiven Reichtum als Kapital, ihm fremde, ihn beherrschende und ausbeutende Macht, und der Kapitalist produziert ebenso beständig die Arbeitskraft als subjektive (...), abstrakte, in der bloßen Leiblichkeit des Arbeiters existierende Reichtumsquelle, kurz den Arbeiter als Lohnarbeiter.“ (MEW 23: 596)

**Bleibendes Ziel: Notwendigkeit des Sozialismus
(...) sei eine zumindest aus den vorangegangenen Überlegungen na-**

heliegende Teil-Definition gewagt: Sozialismus wäre danach, um es pathetisch zu sagen, eine Befreiung aus der Sklaverei des Fetischismus. Sozialismus, ausführlicher, wäre eine Gesellschaftsformation und insbesondere eine Lebensweise, in der die Menschen von der Herrschaft des Waren- und Kapitalfetischs befreit sind und dadurch in die Lage versetzt werden, einen „Verein freier Menschen“ zu bilden.“

[https://www.sozialismus.de/fileadmin/users/sozialismus/pdf/Sozialismus_05-18 Marx extra Inhalt Netz.pdf](https://www.sozialismus.de/fileadmin/users/sozialismus/pdf/Sozialismus_05-18_Marx_extra_Inhalt_Netz.pdf)

27)

F r a n z S e g b e r s / S i m o n W i e s g i c k l

Diese Wirtschaft tötet

Über eine verdrängte und verschwiegene Übereinstimmung der Kirchen

in Sozialismus Heft 7/8-2015, S. 2 - 6 (hier: 2, 3, 4, 6)

[https://www.sozialismus.de/fileadmin/users/sozialismus/Leseproben/2015/Sozialismus Heft 7-](https://www.sozialismus.de/fileadmin/users/sozialismus/Leseproben/2015/Sozialismus_Heft_7-2015_L1_Segbers_Wiesgickel_Diese_Wirtschaft.pdf)

[2015 L1 Segbers Wiesgickel Diese Wirtschaft.pdf](https://www.sozialismus.de/fileadmin/users/sozialismus/Leseproben/2015/Sozialismus_Heft_7-2015_L1_Segbers_Wiesgickel_Diese_Wirtschaft.pdf)

„Papst Franziskus hat multinationalen Konzernen wie Coca-Cola, Nestlé oder McDonalds gründlich den Spaß verdorben. Sie wollten sich bei der Eröffnung der Expo in Mailand in der Rolle der sorgenden Welternährer darstellen und unter dem Expo-Motto „Die Welt ernähren“ Verantwortung und Nachhaltigkeit signalisieren. Doch in seinem Grußwort hat der Papst zum Erschrecken der Organisatoren die gute Stimmung vermiest. Die Schau sei selbst Teil einer „Kultur des Überflusses, des Wegwerfens“ und trage nicht zu nachhaltiger Entwicklung bei. Statt sich blenden zu lassen von der Selbstdarstellung der Nahrungsmittelmultis, mögen die Besucher und Besucherinnen lieber im Vatikan-Pavillon die „Gesichter der Hungernden“ und jene Männer und Frauen, die erkrankten und stürben, weil sie ungesunde oder gar keine Nahrung hätten, ins Zentrum rücken. In seiner Botschaft kritisierte Papst Franziskus die unwürdigen Arbeitsverhältnisse auf der Expo. Er wolle an die namenlosen Arbeiter erinnern, die sich für die Weltausstellung abgemüht hätten. Keiner von ihnen dürfe seiner Würde beraubt werden

und kein Brot dürfe „Frucht unwürdiger Arbeit“ sein. (...)

Der Papst wagt es den Konsens zu brechen, denn er kritisiert den Kapitalismus als Ursache für die Armut und die Ausbeutung der Menschen. (...)

In seiner Rede an die sozialen Bewegungen betont Franziskus besonders, dass sie aus der Peripherie, aus den Elendsvierteln der Städte und aus dem marginalisierten Bereich der informellen Arbeit kommen. Aus Bereichen also, die systematisch an den Rand gedrängt und unsichtbar gemacht werden sollen. (...)

Er (Franziskus) ermutigte die Teilnehmer und Teilnehmerinnen beim Welttreffen der sozialen Bewegungen: „Aus tiefstem Herzen lasst uns gemeinsam sagen: Keine Familie ohne Wohnung, kein Bauer ohne Land, kein Arbeitnehmer ohne Rechte, kein Mensch ohne die Würde, die die Arbeit bedeutet. Liebe Schwestern und Brüder: Setzt euren Kampf fort. Das tut uns allen gut. Er ist ein Segen für die Menschheit.“ “

28)

P a p s t F r a n z i s k u s

HOFFE Die Autobiografie

Kösel-Verlag, München, 2025, S. 286

29)

Verlautbarungen

des Apostolischen Stuhls

Nr. 247

Enzyklika M a g n i f i c a h u m a n i t a s

von P a p s t L e o XIV.

über die Bewahrung des

Menschen im Zeitalter der

Künstlichen Intelligenz

15. Mai 2026

/ hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz - Bonn

S. 109 - 111

<https://www.dbk->

[shop.de/media/files_public/c4f1a1ce5be71a156aaee7241065e934/D](https://www.dbk-shop.de/media/files_public/c4f1a1ce5be71a156aaee7241065e934/D)

[BK 2247.pdf](https://www.dbk-shop.de/media/files_public/c4f1a1ce5be71a156aaee7241065e934/D)

30)

Rainer Mühlhoff

Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus

Reclam / Reclams Universal-Bibliothek Nr. 14666,

6. Auflage, 2025, S. 43 - 46

B e g r i f f s e r k l ä r u n g e n / G l o s s a r

D e g r o w t h =

Ent-Wachstum

De-Wachstum

Etwa 'gesundes Schrumpfen'

Beginnt als ein Prozess des Wenigernehmens

(Vgl. auch Jason Hickel Weniger ist mehr (S. 322)

(G r o w t h = (Wirtschafts)Wachstum)

**D i s r u p t i o n = einschneidende (meist zerstörerische)
Veränderung**

K o m m o d i f i z i e r u n g =

bezeichnet das 'Zur-Ware-Werden' von Gütern, Dienstleistungen oder Lebensbereichen, die zuvor nicht nach Marktregeln gehandelt wurden. Zentrale Merkmale dieses Prozesses sind die Kommerzialisierung, die Unterjochung unter die Marktlogik und Preisfestsetzung. (Vgl. auch:

<https://www.ronald-blaschke.de/wp-content/uploads/2025/11/25-12-Kommodifizierung-und-Dekommodifizierung-Polanyi-Esping-Andersen.pdf>)

**m e r k a n t i l = den Handel betreffend /kaufmännisch /
kommerziell / auf den eigenen Vorteil
gerichtet**

P r o d u k t i v i s m u s / G r o w t h i s m u s / W a c h s t u m i s m u s =
Etwa Streben nach unhinterfragtem Endloswachstum der
Wirtschaft - trotz gegebener Wachstumsgrenzen eines
endlichen Planeten

Etwa 'Produktion um der Produktion willen'

(Vgl. Jason Hickel:

<https://www.blaetter.de/ausgabe/2022/maerz/die-tyrannei-des-wachstumismus-was-heisst-heute-gutes-leben>)

R e z i p r o z i t ä t =

Gegenseitigkeit / Wechselseitigkeit / Wechselbezüglichkeit

T r a n s f o r m a t i o n =

umfassenderer, umfassender, tiefgreifender Wandel,
grundlegende Veränderung

(Vgl. auch Grüner Kolonialismus (S. 332)

T r a n s i t i o n =

Prozess des Übergangs oder der Umstellung / Beschreibung
eines schrittweisen Wandels

(Vgl. auch Grüner Kolonialismus (S. 332)

Dieser Beitrag 'Aspekte menschenwürdiger Arbeit'
ist die Fortführung der Beiträge
'Wirtschaftsdemokratie der Gegenwart' (05. April 2024)
und 'Arbeitskampf / Streikrecht' (14. November 2025)